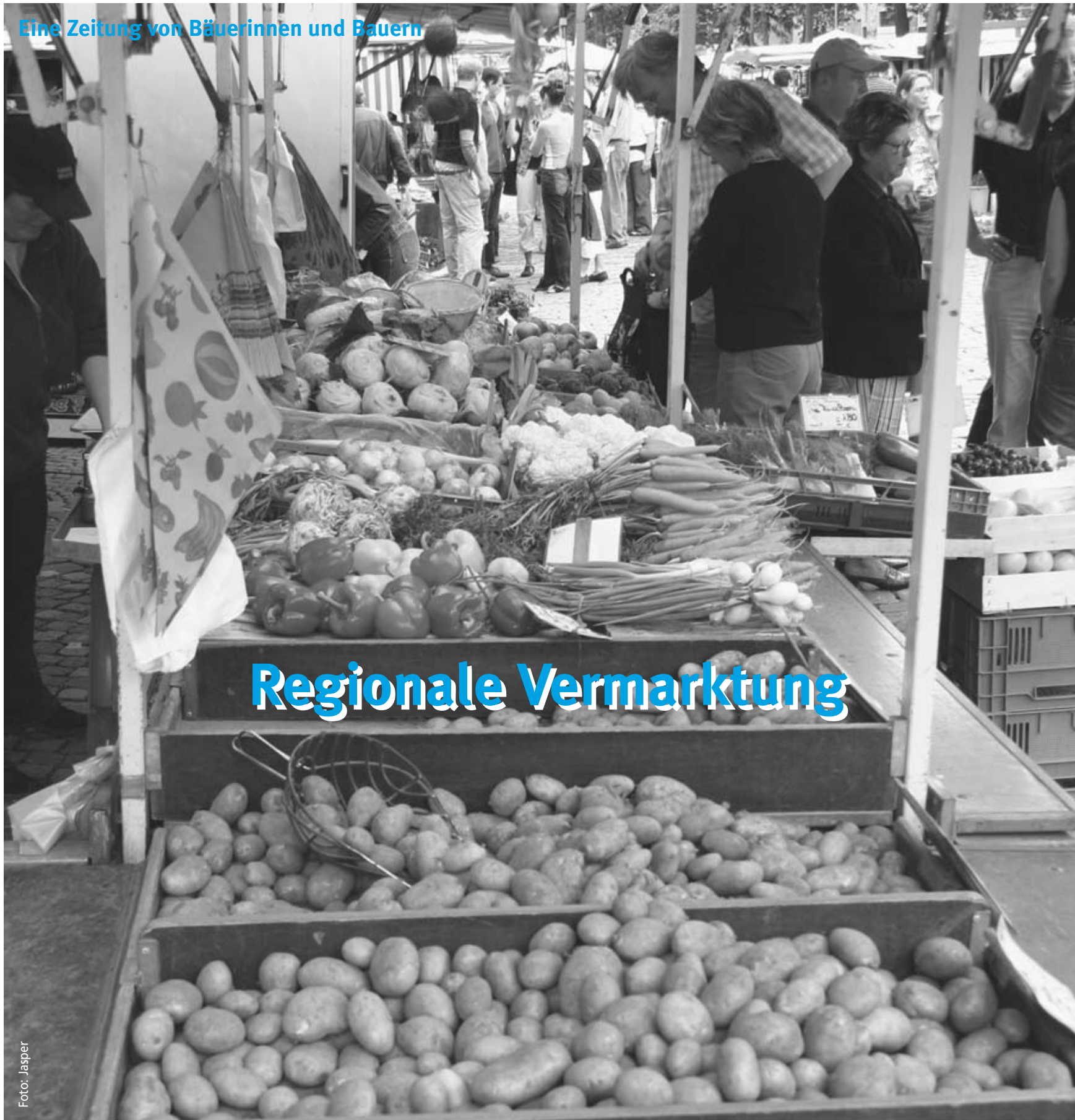


Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Regionale Vermarktung

Regionalvermarktung

Edeka öffnet die Regale und will mit regionalem Angebot punkten. Das gibt Auftrieb. Andere arbeiten auch ohne Supermarkt gut, wie zwei Beispiele zeigen. **Seiten 11-13**

Milchquoten parken

Die EU verteilt zusätzliche Milchquoten. Die AbL fordert die Bundesregierung auf, sie vom Markt fern zu halten. Der Milchpreis steht schon genug unter Druck. **Seite 7**

Was will die Union?

Sie will die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft stärken – durch geringere Auflagen, mehr Gentechnik und offensive Exportförderung. **Seite 3**

Die Seite 3

Union will Wettbewerbsfähigkeit in der Branche stärken 3
Auflagen abbauen, Gentechnik einführen, Exporte fördern

Agrarpolitik

Pandemie oder Panikmache? 4
Die Vogelgrippe nähert sich Europa

WTO ohne Zwischenabschluss 5
Bäuerliche Belange werden immer noch ausgeklammert

Märkte

11,4 Prozent Strom aus erneuerbaren Energiequellen 6
Nachwachsende Rohstoffe auf 12 Prozent der Ackerfläche

Pflanzenzüchter geben nach 10
Endlich Bestätigungen für gentechnikfreies Rapsaatgut

Naturkosthandel bald unter Banker-Kontrolle? 14

Milch

Milchquote: Wohin mit den neuen 1,5 Prozent? 7
AbL fordert, neue EU-Quoten marktunschädlich zu parken

Bewegung

Feldzerstörung mit viel Echo 8
Tour durchs ländliche Europa 8

Schwerpunkt: Regionalvermarktung

„Bestes aus unserer Region“ 11
Regionale Vermarktung gewinnt an Bedeutung

Regional schlemmen im Allgäu 12
Projekt LandZunge bringt Land- und Gastwirte zusammen

Jedes Jahr über 100 Kisten mehr 13
Die Erfolgsgeschichte des Dörverdener Gemüseabos

Nachbau

Neue Linda-Ernte soll in Sicherungshaft 15
Abgelaufenes Züchter-Schutzrecht gilt doch noch?

Keine pauschale Auskunft 15
Zwei Gerichte bestätigen Argumentation der IG Nachbau

Gentechnik

Gentechnikfreies Soja für die Bretagne 16
Umdenken in Frankreich – Kooperation mit Brasilien

Sojaboom ohne Nutzen für Bauern 17
Brasilianische Bauern fordern ökologische und soziale Kriterien

Landleben

Welt-Kuh-Sprachen 6
63 Wochenarbeitsstunden für ein Drittel des Einkommens . . . 18
Geschlechtergerechtigkeit in der Landwirtschaft

Weitere Themen

In Stall, Feld und Umfeld bei Familie Köhler und Prosper Hardy, **Seite 9** · Kleinbauers Beef, **Seite 19** · Leserbrief, **Seite 19-20** · Lesen, **Seite 20-21** · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 22-23**

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf, Anne Brid Leonhardt; Tel.: 0 23 81/49 22 89, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Aufbruchstimmung in der Landwirtschaft? So richtig kommt sie nicht auf. Das jüngste „Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar“, das der Bauernverband Mitte Juli veröffentlicht hat, weist erstmals seit anderthalb Jahren einen, wenn auch kleinen, Negativtrend auf. Befragt wurden Bauern nach der Einschätzung ihrer aktuellen und zukünftigen Lage. Die Ankündigung der Neuwahlen allein hat noch keinen Befreiungsschlag gebracht. Vor allem die Milch- und Rinderbetriebe, aber auch die Ackerbetriebe haben ihre Lage im Juni schlechter eingeschätzt als im März. Schweine- und Geflügelbetriebe haben ihre Lage etwas besser bewertet, aber das war noch vor der Regenernte. Politik, Verbands- und Parteipolitik sind eben nicht alles. Bei der Wahl geht es natürlich um Politik. Die Union will die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft stärken. Dagegen ist nichts zu sagen. Die Frage ist, wie das erreicht werden soll.

Wettbewerb gibt es nicht nur zwischen „der“ Landwirtschaft in Deutschland und der in anderen EU-Staaten oder anderen Kontinenten. Auch innerhalb der

Landwirtschaft gibt es Wettbewerb. Wer die Wettbewerbsfähigkeit allgemein stärken will, muss daher alle mitnehmen. Dazu braucht es faire Bedingungen.

Kommentar**Um die Wette, aber fair**

Wer etwa mit der Verlängerung der Käfighaltung erreichen will, dass die industrialisierte Eierproduktion ihre neuen Ställe nicht in Osteuropa baut, der überschätzt vielleicht nicht nur die Bedeutung der Stallkosten im Vergleich zu den Lohnkosten, sondern der setzt natürlich damit diejenigen Hühnerhalter unter Druck, die bewusst auf Käfige verzichten und die Hühner in ausgestalteten Ausläufen scharren lassen. Denn der Preis für die Eier der billigsten Produktion im Land setzt auch für die Qualitätsmärkte Zeichen. Mit dem Käfig werden eben längst nicht alle Hühnerhalter glücklich. Die Diskussion um den Käfig dreht sich mitnichten nur darum, wer den Hühnern mehr entgegenkommt bei unserem Anspruch, ihnen einigermaßen tiergerechte Bedingungen zu geben. Und was ist mit den Betrieben, die das – auch von Edmund Stoiber 2001 mit unterzeichnete – Käfigverbot ab 2007 ernst genommen und ihre Ställe umgebaut haben?

Faire Wettbewerbs-Bedingungen sind auch bei der Gentechnik gefragt. Die Union will das von Rot-Grün beschlossene Gentechnikgesetz I mit seinen strengen Haftungsregeln wieder aufschnüren und die Haftung des einzelnen Landwirts, der Gentechnik anwendet, minimieren. Noch ist unklar, wie die Schäden bei den Nachbarn dann bezahlt werden sollen. Fatal wäre es, wenn einfach die Definition, was ein Schaden ist, so umgestrickt würde, dass per Gesetz kein Schaden mehr festgestellt wird und die konventionell oder ökologisch wirtschaftenden Bauern auf ihren verunreinigten Ernten sitzen bleiben. Was dann käme, wäre eine teure Klagewelle und langwierige Rechtsunsicherheit. Die geltende Haftungsregelung ist auch im Interesse der Anwender, weil sie zu großer Sorgfalt und Vorsicht animiert, was langfristig günstiger kommt.

Dass Fairness bei den Direktzahlungen und bei der Vergabe öffentlicher Flächen noch immer auf sich warten lässt, muss an dieser Stelle schon fast mehr betont werden. Rationalisierte Betriebe sind bei den Direktzahlungen bis zu zehnfach besser gestellt als vielfältig und arbeitsintensiv wirtschaftende Betriebe, weil die Anbindung an den Faktor Arbeit fehlt. Und in den neuen Ländern sind bis zu 70 Prozent der Betriebe bei der Pacht von BVVG-Flächen ausgeschlossen. Wer die Flächen den alten Pächtern weitere 15 Jahre sichern will, zementiert diese Wettbewerbs-Nachteile.

Wettbewerb zu befördern ist also nicht schlecht, sondern notwendig. Aber erst mal geht es für die Parteien um die Wette. Auf zur Wahl!

Ulrich Jasper

Meldung des Monats

Der Deutsche Bauernverband (DBV) ist mit Geschäftsleitung und Mitarbeitern nun komplett nach Berlin ins „Haus der Land- und Ernährungswirtschaft“ gezogen. Der DBV freut sich auf alte Gepflogenheiten: „Im Haus- der Land- und Ernährungswirtschaft (HdLE) wird sich die Verbändelandschaft wieder nach dem bewährten Muster zusammenfinden“, schreibt er. Insgesamt werden mehr als 30 Verbände und Institutionen in dem Haus residieren. Mit dabei ist auch die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie. Der DBV freut sich auf die „Synergieeffekte eines gemeinsamen Bürohauses“.

CDU/CSU wollen Wettbewerbsfähigkeit der Branche stärken

Union will Auflagen abbauen, vor allem für Käfighaltung und Gentechnik, Exporte offensiv fördern, Milchquoten nicht erhöhen und BVVG-Flächen länger verpachten

Die Union nimmt die Landwirtschaft und den ländlichen Raum als wichtige Themen in den Wahlkampf auf. Als einzige Partei haben CDU/CSU ein eigenes „Agrarprogramm 2005“ erstellt.

Sie wollen „die wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Ernährungswirtschaft mit den vor- und nachgelagerten Bereichen wieder in den Fokus der Agrarpolitik“ rücken. Der Sektor soll „EU-weit wettbewerbsfähiger“ gemacht werden.

Erreicht werden soll das vor allem dadurch, dass EU-Recht „eins zu eins“ umgesetzt und auf „nationale Alleingänge“ verzichtet wird, besonders was die Anforderungen an die Tierhaltung betrifft. Bekanntlich setzt sich die Union dafür ein, das ab dem 1.1.2007 greifende Verbot der Käfighaltung für Hühner in Deutschland rückgängig zu machen. Das Käfigverbot war auf Vorlage von Ministerin Künast im Oktober 2001 vom damaligen Bundesrat angenommen worden – damals mit den Stimmen Bayerns. Die EU-Vorgaben sind weniger streng und lassen einen ausgestalteten Käfig zu.

Eins zu eins

Dass es der Union aber nicht generell um eine 1:1-Umsetzung von EU-Standards geht, zeigt die aktuelle Diskussion um die Vogelgrippe. Die EU-Kommission warnt vor übereilten Maßnahmen, aber Frau Hasselfeld kritisierte Frau Künast dafür, dass sie die Eilverordnung mit dem Aufstellungsgebot für Freilandgeflügel nicht schon längst erlassen hat. Das Beispiel mag als Widerspruch zur generellen Linie 1:1 wirken. Doch es lässt sich auch eine stringente Logik erkennen: Maßstab ist nicht generell der EU-Standard, sondern es spielt eine wesentliche Rolle, was den wirtschaftlichen Interessen einflussreicher Agrarbranchen – wie hier der von industriellen Firmen angeführten Geflügelwirtschaft – am meisten entspricht.

Gentechnik

Das von Rot-Grün installierte Gentechnikgesetz wird eine unionsgeführte Bundesregierung sehr schnell aufschürren. Vor allem die Haftungsregeln will die Union stark verändern. Ein Anwender der Gentechnik soll nur noch dann selbst und direkt für Schäden haften, wenn er sich nicht an die (noch aufzustellenden) Regeln der „guten fachlichen Praxis“ gehalten hat. Ist ihm ein Verstoß nicht nachzuweisen, soll entweder eine Versicherung oder ein neuer Haf-

tungsfonds einspringen. Ob Versicherung oder Haftungsfonds, darüber berät die Union noch.

Die Versicherungswirtschaft weigert sich, Schäden abzusichern, wenn nicht die Definition, was ein Schaden ist, stark eingeschränkt wird. Der Haftungsfonds scheidet bislang daran, dass die Gentechnikkonzerne nicht bereit sind, darin einzuzahlen. Sie begründen das damit, dass sie keinen Präzedenzfall für andere Bereiche schaffen wollen.

Das bisherige Gesetz sichert Landwirten, die durch den Einsatz der Gentechnik in der Nachbarschaft einen wirtschaftlichen Schaden erleiden, das Recht zu, einen Anwender in der Nachbarschaft (gesamtschuldnerisch für alle) in Haftung zu nehmen. Will der aus der Haftung rauskommen, muss er anderen – z.B. den Saatgutlieferanten – nachweisen, dass sie für den Schaden verantwortlich sind. Besonders dieses Haftungsrecht hat bisher die deutschen Bauern davon abgehalten, Genpflanzen anzubauen.

Diese Zurückhaltung will die Union aufbrechen: „Die Anwendung der Grünen Gentechnik darf als eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts nicht länger verhindert werden“, so das Unionsprogramm. Auf die gemeinsame Anfrage der ABL und 12 weiterer Verbände (siehe Kasten unten) antwortete die CDU-Spitze unter anderem mit dem Satz: „Wie die bisherigen Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, entsteht durch den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen für die Nicht-Verwender in der Regel kein Mehraufwand.“

Exportförderung

Die Union sieht Absatzchancen für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft vor allem auch auf internationaler Ebene und will diese nutzen: „Ziel muss es sein, über eine offensive Exportförderstrategie mehr Wachstum und Wertschöpfung zu erzeugen.“ Auch „Veterinär- und Phytosanitär-Abkommen“ mit potentiellen Abnehmer-Staaten, vor allem in Ostasien, sollen den Export erhöhen. „Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft darf sich auf keinen Fall nur mit der Bedienung regionaler Märkte zufrieden geben“, sagt

die Union.

Die Priorität ist auch im Kapitel „Ländliche Räume“ eindeutig, aber trotzdem wird die regionale Vermarktung nicht vergessen: „Wesentliches



Auf Gerda Hasselfeld (55) von der CSU läuft derzeit alles zu, wenn nach möglichen Nachfolgerinnen oder Nachfolgern für Frau Künast als Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft gefragt wird. Frau Hasselfeld, studierte Volkswirtin, war von 1989 Bauministerin und von 1991 bis 1992 Bundesministerin für Gesundheit. Derzeit ist sie noch stellvertretende Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU im Bundestag.

Ziel der Politik für den ländlichen Raum ist es, die regionale Wirtschaft in nationale und internationale Wirtschaftskreisläufe zu integrieren, die Wertschöpfung der lokal produzierten Rohstoffe und Waren z.B. durch die Förderung der regionalen Vermarktung zu erhöhen und damit langfristig Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen Deutschlands zu erhalten und neue zu schaffen.“ Die Union sieht dafür als notwendig an, die Mittel der zweiten Säule „verstärkt zur Mobilisierung von Investitionen“ einzusetzen.

Milchreform bis 2009

Milch und Zucker sind die Produkte, die im Unionsprogramm ausdrücklich genannt werden. Bei der Milch müssten in der EU „Angebot und Nachfrage in Einklang gebracht werden“, was aber die gestützten Exportmengen einschließen dürfte. Die beschlossene Quoten-erhöhung ab nächstem Jahr „muss ausgesetzt werden“, nimmt sich die Union vor. Spätestens zur Halbzeitbewertung der Agrarreform 2009 soll der EU-

Milchmarkt reformiert werden – genauer wird die Union hier nicht. Bezüglich der EU-Zuckermarktordnung lehnt die Union den Reformvorschlag der EU-Kommission ab, begnügt sich aber mit

der Forderung, dass „weiter verhandelt werden“ müsse.

Zu den EU-Agrarausgaben äußert sich die Union bei der ersten Säule eindeutig: Die 2002 beschlossene Obergrenze der EU für die Direktzahlungen bis 2013 soll Bestand haben. Entgegen den Forderungen des Bauernverbandes will sich die Union aber „bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik für eine stärkere verpflichtende nationale Kofinanzierung der EU-Zahlungen einsetzen“. Wie heute schon in der zweiten Säule (Investitionsförderung, Bioförderung, Agrarumwelt u.a.), sollen sich auch bei Direktzahlungen EU und Mitgliedstaaten die Finanzierung teilen, was für Nettozahler der EU günstiger würde.

BVVG-Leidtragede

Änderungen will die Union auch bei der BVVG-Flächenvergabe. Die Pflicht zum Kauf nach Auslaufen der (meist schon stark verlängerten) Pachtverträge stelle viele Betriebe vor Liquiditätsprobleme. „Leidtragende sind die pachtenden Betriebe.“ – Kein Wort darüber, dass zwei Drittel der Betriebe in Ostdeutschland bisher von der Pacht und vom verbilligten Kauf ausgeschlossen wurden, also die eigentlichen Benachteiligten sind. Die Union fordert eine „liquiditätsschonende Streckung des Privatisierungszeitraums auf 25 bis 30 Jahre, in denen die pachtenden Betriebe die Flächen zu Verkehrswerten erwerben können“.

uj

Fragen und Antworten

In einem gemeinsamen Brief haben ABL und 12 weitere Verbände aus Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz sowie Landwirtschaft die Parteien zur Agrarpolitik befragt. Die Antworten von SPD, CDU, Grünen, FPD und PDS stehen im Internet unter: www.abl-ev.de/umbruch

Weniger Eier aus Käfighaltung

Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland greifen weniger häufig zum Käfigei. Der Anteil der Eier aus Käfiganlagen am Gesamtverkauf ist von Januar 2004 bis Dezember 2004 von 56 auf 46 Prozent gesunken, wie die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) in Bonn mitteilte. Eier aus der Hühner-Bodenhaltung legten demgegenüber im gleichen Zeitraum von 11 auf 25 Prozent zu. Dies sei auch auf die Einkaufsstrategien etlicher Einzelhandelsunternehmen zurückzuführen, die ihr Angebot von Käfigeiern auf Bodenhaltungsware umstellten. Marktanteile eingebüßt hat die Freilandhaltung: Ihr Anteil fiel von 29 auf 25 Prozent. Der Anteil der Eier aus biologischer Erzeugung blieb im Jahresverlauf bei rund drei Prozent stabil.

Bedrückend ist die Preisentwicklung im gesamten Eiermarkt. Die Preise für Eier aus Bodenhaltung sind im ersten Halbjahr 2005 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nach Angaben der ZMP um 13 Prozent gefallen. Der Preis für Eier aus Käfighaltung sank im Durchschnitt aller Vertriebsformen um 20 Prozent. Freiland Eier gaben im Preis um 6,5 Prozent nach. *pm*

Bio-Futter: Ausnahmen verlängert

Die EU-Kommission hat den Übergangszeitraum verlängert, in dem Bio-Betriebe in begrenztem Umfang konventionell erzeugte Futtermittel einsetzen dürfen. Laut ZMP wird als Grund das voraussichtlich nicht ausreichende Angebot an ökologischen, insbesondere eiweißreichen Futtermitteln in der Europäischen Union angegeben. Somit können Bio-Betriebe konventionelle Futtermittel bis zu folgenden Höchstanteilen (Trockenmasse) einsetzen: bei Pflanzenfressern 5 Prozent bis zum 31.12.2007; bei anderen Tierarten bis zu 15 Prozent bis zum 31.12.2007, bis zu zehn Prozent vom 01.01.2008 bis Ende 2009 und von bis zu 5 Prozent in den Jahren 2010 und 2011. Voraussetzung ist, dass die Betriebe bei der Kontrollstelle oder Kontrollbehörde nachgewiesen haben, dass eine ausschließliche Versorgung mit Futtermitteln aus ökologischem Landbau nicht möglich ist. *pm*

EU-Geldstrom-Analysen

In fast allen EU-Ländern untersuchen Aktivgruppen, wie sich die EU-Zahlungen aufteilen, so der Internet-Informationsdienst agriholand. In Dänemark gehören demnach neben 4 Ministern auch etliche Parlamentarier zu den Empfängern, außerdem die EU-Entwicklungs-Kommissarin Ulla Tornaes, die einen Schweinebetrieb in Polen betreibt. Im Juni hat die BILD-Zeitung auf der ersten Seite eine „Skandal-Liste“ veröffentlicht, mit dem Titel „So verschleudert die EU unser Geld“. Aufgeführt wurden unter anderem: Export-, Lager- und Verarbeitungsprämien für Wein, Alkohol, Tabak, Käse, Butter, Olivenöl, Tomaten. Alles keine Prämien für Bauern. *en*

COPA-Präsident erwägt Kofinanzierung

Der Präsident des EU-Ausschusses der Bauernverbände (COPA), Rudolf Schwarzböck, hat entgegen früheren Meldungen klargestellt, dass er die Einführung der Kofinanzierung von EU und EU-Mitgliedstaaten auch bei den Direktzahlungen der ersten Säule der EU-Agrarpolitik nicht strikt ablehnt. Von Agra-Europe nun direkt befragt, erklärte Schwarzböck, dass eine Renationalisierung der Agrarpolitik verhindert werden müsse. Es müsse daher rechtlich geprüft werden, ob bei Einführung einer Kofinanzierung den EU-Staaten die Zahlung der von ihnen dann zu übernehmenden Anteile verpflichtend durch EU-Beschluss auferlegt werden könne. *uj*

Bananen-Oligopol eingestanden

Der US-Bananen-Multi Chiquita hat mit einer Selbstanzeige bei der EU-Kommission eingestanden, dass er und weitere drei Großkonzerne im internationalen Fruchthandel seit Jahren die Preise für Bananen und Ananas untereinander abgesprochen haben. Chiquita entgeht mit der strafbefreienden Selbstanzeige einer möglichen Geldstrafe von bis zu 10 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes. Umso verärgerter sind die anderen Multis über diesen Schritt, nämlich Dole, DelMonte und die irische Firma Fyffes. Ohnehin steht 2006 mit dem Ende der EU-Bananen-Marktordnung auch das Ende der Import-Lizenzen dieser Frucht-Konzerne an. Dann könnte der europäische Lebensmittel-Handel seine Frucht-Importe direkt in den Erzeugerländern einkaufen. Zwar gehört den Frucht-Multis nach wie vor wichtige Kapazitäten an Schiffen und Lagern, aber einige große Handelskonzerne wie Edeka haben bereits eigene Reifekapazitäten aufgebaut, berichtet die Lebensmittelzeitung. *pm*

Kurzes am Rande

Pandemie oder Panikmache?

Die Vogelgrippe nähert sich Europa

In den letzten Wochen mehren sich die Schreckensmeldungen: Nach und nach breitet sich die Vogelgrippe vom aggressiven Typ H5N1 in immer größeren Gebieten Russlands aus. Zwischenzeitlich hieß es sogar, der Erreger habe den Ural schon übersprungen – was sich aber bislang als Falschmeldung entpuppte. Dennoch ist Alarmbereitschaft angesagt, und von Seiten der Politik werden Präventionsmaßnahmen angeordnet.

In den Niederlanden gilt für alle gewerblichen Geflügelhalter ab 22. August die Aufstallungspflicht. In Deutschland tritt die entsprechende Eilverordnung spätestens ab 15. September in Kraft. Die EU hat ihr Einfuhrverbot für Lebendgeflügel jetzt auch auf Russland und Kasachstan ausgeweitet. Dennoch: Illegale Geflügelimporte und die Einschleppungsgefahr des Erregers durch unachtsame Touristen stellen nach Expertenmeinung die weitaus gefährlicheren und wahrscheinlicheren Wege dar, wie das Virus nach Europa gelangen könnte. Eine Übertragung durch Zugvögel ist aber eben nicht auszuschließen.

Die Gefahr für eine Ansteckung von Menschen ist derzeit noch gering. Alle bisher in Südostasien an Vogelgrippe Erkrankten hatten direkten und ungeschützten Kontakt zu infiziertem Geflügel. Von Mensch zu Mensch ist das Virus bislang nicht übertragbar. Was aber nicht heißt, dass das so bleiben muss: Es besteht die Möglichkeit, dass sich der Erreger mit menschlichen Grippeviren mischen und so zu einem gefährlichen Supervirus werden könnte. Das

Vogelgrippe (Aviäre Influenza)

Ansteckung: Tröpfcheninfektion (über Ausscheidungen aus Atemwegen oder Kot)

Inkubationszeit: 3-7 Tage

Krankheitsdauer: ca. 10 Tage

Sterblichkeitsrate bei Vögeln: 100 Prozent

Symptome: Apathie, Anorexie, Hohes Fieber, Ödeme an Kopf und Hals, Kamm und Beinen, evtl. auch Durchfall und Nervosität

Übertragung auf den Menschen: Selten, durch direkten Kontakt mit Tieren oder deren Ausscheidungen, nicht über Fleisch oder Eier, sofern diese erhitzt wurden.

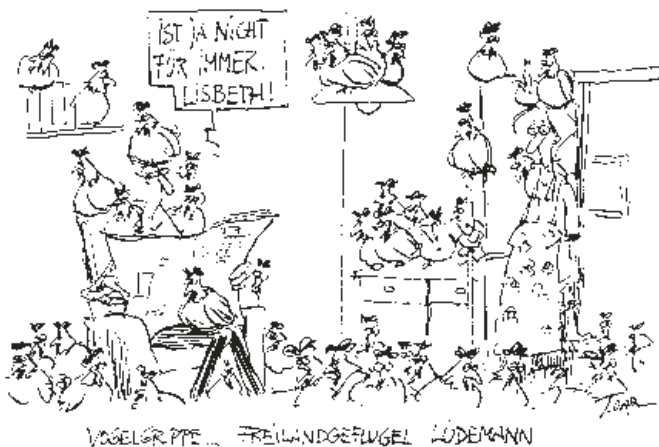
industrielle Geflügelwirtschaft dieses Mal so sehr der Problematik annimmt, wo sie ansonsten bei Problemen durch Krankheiten eher abwiegelt oder verharmlost. Dabei sind es genau die industriellen Massentierhaltungen, die die Vogelgrippe erst zum Problem machen. Hochleistungsrassen mit geringer Widerstandskraft und extremer Besatzdichte fallen seuchenhaften Krankheiten natürlich leicht zum Opfer, sollten sie einmal mit dem Erreger in Kontakt kommen. Es muss daher darum gehen, so auch Graefe zu Baringdorf, wieder mehr Wert auf die Züchtung von robusten und widerstandsfähigen Rassen und auf artgerechte Tierhaltung in kleineren Einheiten zu legen.

Aber welche Präventionsmaßnahmen sind in diesem aktuellen Fall sinnvoll – und umsetzbar? Gerade für viele Bio-Gänse- und Putenhalter ist die Aufstallungspflicht ein nahezu unlösbares Problem, da sie oft gar

nicht über feste Ställe verfügen. Außerdem besteht die große Gefahr, dass durch Einstallen und die damit verbundene Enge der Krankheitsdruck und Stress unter den Tieren extrem ansteigt und z.B. zu Federpicken und Kannibalismus führt. Hier müssen Kompromisslösungen wie überdeckte Ausläufe und Ab-

sperrung von offenen Wasserstellen gefunden werden.

Auf alle Fälle sollten alle Freiland-Geflügelhalter die verbleibende Zeit bis Mitte September nutzen, um für ihren Betrieb Vorkehrungen zu treffen und gewappnet zu sein, wenn die Aufstallungspflicht kommt.



Karikatur: T. Plabmann

ist es, was den Experten Angst macht.

„Man darf die Gefahr nicht bagatellisieren“ meint dazu auch der AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. „Es darf aber auch nicht sein, dass sie instrumentalisiert wird, um wieder grundsätzlich zu sagen, sperrt die Tiere ein, dann sind die Probleme gelöst.“ Es ist schon erstaunlich, dass sich gerade die in-

WTO ohne Zwischen-Abschluss

Keine Einigung auf weitere Eckpunkte zu Agrarfragen beim jüngsten Ratstreffen der Welthandelsorganisation (WTO). Bäuerliche Belange werden bei der Debatte immer noch ausgeklammert

Drei Tage lang haben die Delegierten der 148 WTO-Mitgliedstaaten Ende Juli in Genf um weitere Reformschritte zu den weltweiten Handelsregeln gerungen und konnten sich doch auf keine weiteren Vertragseckpunkte einigen. Unzufrieden darüber zeigte sich EU-Handelskommissar Peter Mandelson auf einer Pressekonferenz: „Wir müssen mit mehr Nachdruck verhandeln“, forderte er und fügte gleich hinzu, dass die EU aber in ihren Forderungen nicht zurück gehen werde. Und genau da liegt nach Ansicht des Welthandelsexperten Tobias Reichert der Hund begraben: „Das sagen sich alle Länder, und deshalb gibt es auch keine Fortschritte.“ Die aber sind Voraussetzung, um bis Dezember einen Grundstein für den Abschluss dieser Verhandlungsrunde zu legen. Dann trifft sich in Hongkong das höchste WTO-Gremium: der Ministerrat. Reichert hält es derzeit für „unwahrscheinlich“, dass dort die Modalitäten für ein Vertragswerk verabschiedet werden können.

Süden redet mit

Zu weit klaffen die Meinungen der Länder auseinander. Und dass sich gleich mehrere Länder zu Wort melden ist neu. Jahrzehntelang haben die EU und die USA die Regeln für den Welthandel weitgehend unter sich ausgemacht. Im vergangenen Jahr sind dann noch Brasilien, Indien und Australien hinzugekommen. Dann haben diese fünf Länder die Verhandlungen angeführt und das so genannte Juli-Abkommen 2004 der WTO zum Abschluss gebracht. Jetzt sind die geografischen Karten neu gemischt und die G20, ein Zusammenschluss großer Agrarexporteure und Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien, Südafrika und noch viele mehr, werfen bei den Verhandlungen ein erhebliches Gewicht in die Waagschale. „Ohne die geht nichts mehr“, sagt Reichert. Auf dem Verhandlungsplan der WTO stehen drei Themen: Marktöffnung, „Interne Stützung“ und Exportsubventionen. Letzteres wird nur wenig kontrovers diskutiert, da bereits eine Einigung über den Abbau von Exportsubventionen erreicht wurde, wenn auch noch ohne Zeitplan. Beim Thema „Interne Stützung“ bieten derzeit die USA Zündstoff. Sie haben 2002 ein Agrarsubventionssystem eingeführt (eine Art Versicherung), das die Zahlungen weiter an die Produktion koppelt und etwa niedrige Marktpreise ausgleicht. Als Folge dieser Reform hat sich die US-Subventionssumme in kurzer Zeit drastisch erhöht. Die EU und die G20 fordern die USA auf, ihre Zahlungen künftig stärker an soziale und ökologische Kriterien zu binden. Die USA hingegen arbeiten an einem Plan, wie die

WTO-Regeln für „Interne Stützung“ geändert werden könnten, damit sich diese an die USA-Bedingungen anpassen.

Knackpunkt Marktzugang

Als strittigster Verhandlungspunkt gilt die Marktöffnung. Die USA preschen vor und plädieren für eine weitreichendere Öffnung, als die EU zugestehen will. Diese Spaltung zieht sich auch durch die G20. Liebäugeln Brasilien und die USA mit einer schnellen Liberalisierung, schlägt sich Indien auf die Seite der EU, also Beibehaltung von Schutzmöglichkeiten im Agrarsektor, wenn auch vermindert.

Dennoch hat die G20 es geschafft, zwei Wochen vor dem WTO-Ratstreffen in Genf einen gemeinsamen Vorschlag für den Zollabbau vorzulegen. Demnach sollten die Agrarprodukte in mehrere Zollbänder ein-

teilt werden, was bedeutet, dass hohe Zölle stärker abgebaut werden als niedrige. Gleichzeitig bleibt aber ein Spielraum der Flexibilität erhalten. Damit schien der Dissens zwischen den Ländern überwunden und Zustimmung machte sich breit. Der Vorschlag wurde in der Presse als Erfolg gefeiert. Allerdings nur bis zum Ratstreffen. Plötzlich war von der Einigkeit nur noch wenig übrig. China, selbst Mitglied der G20, war die Anzahl der Zollbänder zu konkret. Die EU fand die in dem Vorschlag festgelegte Zollobergrenze von 100 Prozent für Industrieländer zu niedrig und wollte noch mehr Flexibilität bei der Zollsenkung innerhalb der Bänder. Ein Konsens zum Marktzugang kam während des WTO-Ratstreffen nicht zu Stande. Deswegen, so vermutet Reichert, könnten sich die Agrarverhandlungen in der WTO wohl auch noch bis 2007 hinziehen.

siert AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf die WTO-Verhandlung. „Es müssen auch soziale und ökologische Kriterien mit verhandelt werden.“ Deshalb fordert die AbL den „Qualifizierten Marktzugang“. Dass die WTO-Vertreter jetzt Ausnahmeregelungen diskutieren, wie sensible und spezielle Produkte aus der allgemeinen Zollsensungsregelung ausgenommen werden dürfen, zeige, dass das Dogma Liberalisierung viele Fragen eben nicht positiv beantworten könne. Es gehe also darum, qualitativ vorzugehen, also soziale und ökologische Ziele einzubinden. Graefe zu Baringdorf: „Der Qualifizierte Marktzugang bietet die Chance, zu jeweils spezifischen Lösungen zu kommen.“ Um das zu erreichen, müsse die EU eine Abgabe auf importierte Agrarprodukte erheben dürfen, wenn sie den notwendigen



Eine lange Reise nahmen 200 Norweger auf sich, um der WTO die Meinung zu sagen.

sozialen, ökologischen und preislichen Kriterien nicht genügen, die in der EU gelten.“ Mit diesem Mechanismus können die europäischen Bauern vor Preisdumping geschützt werden. Die Abgaben speisen – anders als bisher – nicht den EU-Haushalt, sondern einen Fonds, aus dem Projekte für eine nachhaltige ländliche Wirtschafts-Entwicklung in den Entwicklungsländern finanziert werden. Solange diese Forderungen nicht in der WTO verhandelt werden, ist es wichtig, ein falsches Abkommen zu verhindern und die Verhandlungen auf eine vernünftige Grundlage zu stellen.

Berit Thomsen

Das neue Positionspapier der AbL zum Fairen Agrarhandel durch „qualifizierten Marktzugang“ gibt es im Internet (www.abl-ev.de) oder bei der AbL in Hamm: Tel. 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

Umweltgerechter und sozialer Welthandel

„Es ist fatal, dass die Liberalisierung wie ein Dogma die Debatte bestimmt“, kriti-

Von Norwegen nach Genf

200 norwegische Bauern haben sich zu einem 2000-Kilometer-Zukunftsmarsch zur Welthandelsorganisation WTO nach Genf aufgemacht. Die Teilnehmer des Marsches betonten unterwegs die Vorteile einer dezentralen, umweltfreundlichen und kleinräumigen Landwirtschaft. Diese Sorge nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für Gemeingüter wie Kulturlandschaft, Entwicklung des ländlichen Raumes, biologische Vielfalt und Nahrungsmittelsicherheit. Eine entsprechende Resolution von Bauern aus 10 Ländern wurde der WTO am 26. Juli in Genf übergeben. Hierin heißt es:

„Alle Länder sollen das Recht haben, ihre eigenen Nahrungsmittel herzustellen, d.h. ihre Ernährungssouveränität zu bewahren.“ Landwirtschaftliche Produkte müssten daher bei den WTO-Verhandlungen als sensible Produkte eingestuft werden.

Müller Milch in Tschechien

Die Molkerei Müller, Aretsried, übernimmt die tschechische Molkerei Pragolaktos in Prag. Die Molkerei Pragolaktos ist laut Lebensmittelzeitung auf die Herstellung von H-Milch spezialisiert, produziert aber auch kleinere Mengen Frischprodukte. Die Verarbeitungsmenge liegt derzeit bei rund 50 Mio. Liter Milch im Jahr. Gegenüber der Lebensmittelzeitung sagte Müller-Geschäftsführer Stefan Müller, dass sich Pragolaktos auch in Zukunft auf die Herstellung von H-Milch konzentrieren werde. Neben dem tschechischen werde auch der slowakische Markt beliefert. Eine Ausdehnung nach Polen sei nicht auszuschließen. Der bisherige Eigentümer der Molkerei Pragolaktos, Alimpex, vertreibt in Tschechien und der Slowakei Molkereiprodukte. Er lieferte bereits Milch an Müller zur Weiterverarbeitung in Deutschland, so die Zeitung. *pm*

Nur noch heimisches Kraftfutter

Die schwedische Milchviehalter-Organisation Svensk Mjolk und die Milchverarbeiter in Schweden wollen spätestens ab 2010 nur noch möglichst betriebsnah erzeugtes Kraftfutter aus heimischer Produktion zulassen. Sie begründen dies mit den Umweltproblemen, die durch Soja- oder Palmkern-Produktion in den Ursprungsländern entstehen, mit dem Transportaufwand und mit der Aussicht auf eine höhere Kulturvielfalt in Schwedens Landschaft, so die DLG-Nachrichten. *pm*

Smithfields „Iowa Europas“

Der weltweit größte Schweinefleischproduzent, der US-Konzern Smithfield, kauft in Rumänien und Polen Schlacht- und Kühlhäuser und baut parallel dazu riesige Agrarfabriken auf. In Rumänien sollen die Sauenbestände von derzeit 16.500 bis zum Jahre 2010 auf 200.000 aufgestockt werden, in Polen von derzeit 42.000 auf 100.000 Sauen. Im „Ernährungsdienst“ bezeichnet Smithfield-Chef Joe Luter Rumänien mit seinen billigen Ackerlandpreisen, Lohnkosten und Getreidepreisen als das „Iowa Europas“. Die europäischen Schlachtkonzerne hätten bisher nur von der Teilung Europas profitiert und ständen jetzt „im falschen Teil von Europa“. *pm*

DK-Ferkel zu D-Mastschweinen

Einer der größten dänischen Sauenhalter hat jetzt seinen bisherigen Bestand von 2.000 Sauen durch den Zukauf einer Mastanlage mit 10.000 Plätzen in Mecklenburg-Vorpommern erweitert. Laut DGS-Magazin wollen weitere diesem Modell „Ferkelerzeugung in Dänemark – Mast in Deutschland“ folgen. Denn in Deutschland gebe es u.a. kaum Probleme mit Bestandsobergrenzen, niedrige Arbeits- und Baukosten sowie höhere Schweinepreise. *pm*

Tiertransport nicht überlebt

Das gibt es immer noch: Passauer Polizisten stoppten einen überladenen dänischen Viehlaster und fanden 100 qualvoll erstickte Schweine. Die 17stündige Fahrt hatten die Tiere nicht überlebt. *pm*

Atemwegsbeschwerden im Stall

Etwa 12 bis 20 Prozent der Tierhalter klagen über Atemwegsbeschwerden in Zusammenhang mit der Stallarbeit, in erster Linie über Kurzatmigkeit, Asthma, allergischen Schnupfen, giemende Atemgeräusche und Auswurf. Ursache sind Gase, Mikroorganismen, Staub, Endotoxine und Antibiotika-Rückstände. Laut Dr. Pedersen vom Danish Agricultural Service läßt sich diese Belastung reduzieren durch Ruhe im Stall, durch Verwendung von längerem Stroh statt von Häkkel, durch die Futterstruktur und das Stallklima, Ionierungsmechanismen, elektronische Filter oder durch das Versprühen eines feinen Wasser-Öl-Gemischs. Geraten wird zu mehr Problembewusstsein bei Landwirten und Ärzten, Schutzausrüstungen und zu Vorsorge-Untersuchungen. *pm*

Knappe Schwarte

Bei der deutschen Gelita AG und anderen Gelatine-Herstellern wird der Rohstoff Schweineschwarte knapp. Die Produktion von Gummibärchen und Götterspeise ist zwar nicht akut bedroht, aber die Kosten steigen. Die Ursachen: bei Nord- und Südamerikanern ist das Knabbern gerösteter Schwarte modern, die Wurstproduzenten aus Osteuropa tun viel Schwarte in die Wurst, in den USA verwandelt man die Schwarte zu Proteinen für die „Atkins-Diät“. Bleibt laut FAZ derzeit nur das Ausweichen auf Fischhäute und Geflügelknochen. *pm*

Kurzes am Rande

11,4 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energiequellen

Nachwachsende Rohstoffe auf 12 Prozent der Ackerfläche

Im ersten Halbjahr 2005 erreichte die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energiequellen in Deutschland mit 31,0 Mrd. kWh bereits 11,4 Prozent der gesamten Stromerzeugung. Wind, Wasserkraft, Photovoltaik und Biomasse lieferten gegenüber dem Vorjahreszeitraum 13 Prozent mehr Strom. Nach den Zahlen des Verbands der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) lieferten die Windkraftträder rund die Hälfte des Stroms der Erneuerbaren (15,1 Mrd. kWh, + 19 Prozent), gefolgt von Wasserkraft (11,5 Mrd. kWh; + 4,5 Prozent), Biomasse (inkl. Müll: 4,1 Mrd. kWh, + 17 Prozent) und Photovoltaik (0,3 Mrd. kWh), die um 50 Prozent zulegte. Niemand bezweifelt, dass der Boom durch das Erneuerbare Energien-Gesetz der rot-grünen Bundesregierung mit seinen festgelegten Mindestvergütungen ausgelöst wurde. Auch der Bereich biogene Kraftstoffe wächst. Nach Angaben der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) sind

2005 auf 1,06 Mio. ha Raps für Biodiesel, Bioschmierstoffe und für die chemische Industrie angebaut worden. Insgesamt beziffert die FNR den Flächenumfang in Deutschland für nachwachsende Rohstoffe mit 1,4 Mio. ha, was 12 Prozent der Ackerflächen bedeutet.

Das Deutsche Maiskomitee (DMK) hat den Umfang der Maisflächen für die Biogasnutzung in Deutschland für 2005 mit rund 70.000 ha angegeben. Ein knappes Drittel davon entfällt auf Stilllegungsflächen. Die anderen zwei Drittel umfassen Flächen, für die der neue Energiepflanzenbonus der EU von 45 Euro/ha beantragt worden ist. Den größten Anteil des Maisanbaus für Biogas hat laut DMK Niedersachsen (40 Prozent) vor Bayern (27 Prozent) und NRW (12 Prozent). Für das letzte Jahr gibt das DMK die Maisfläche für Biogasproduktion mit lediglich 10.500 ha an.

uj

Welt-Kuh-Sprachen

Wie muhen die Kühe im Ausland? Oder anders gefragt: Wie übersetzt man „Muh“ in andere Sprachen? Eine witzige Seite im Internet (www.kuh.at) verrät es: Die englische Kuh zum Beispiel sagt „moo“ - und spricht damit die gleiche Sprache wie ihre Schwestern in Griechenland, Israel und Japan. Die Kuh-Verständigung scheint auch noch einigermaßen unproblematisch mit den Rindern in der Türkei („mooooo“) und in Algerien („mooooo“). Mehrsilbig-fremd klingen dagegen die Laute der Kühe in Afrika („moe-moe“) und in Indien („mo-mo“). Ähnlich sprechen die Wiederkäuerinnen in China („mu

mu“), in Thailand („maw maw“) und in Korea („um-muuuu“). Total schwer zu verstehen sind die Rindviecher aus Bengalen („hamba“). Da freut sich die hiesige Kuh, wenn sie danach wieder so vertraute Klänge vernimmt wie „mu“ (in Albanien und Island), „ammuu“ (in Finnland), „meuh“ (in Frankreich), „mö“ (in Norwegen) oder „boeh“ (in Holland). Wie bei uns kommt man als Kuh in Dänemark, Italien, Spanien, Portugal, Russland, Schweden und in der Ukraine überall mit dem vertrauten „muuu“ durch.

Eckehard Niemann



Wie klingt die Kuh anderswo?

Milchquote: Wohin mit den neuen 1,5 Prozent?

Damit der Milchpreis nicht weiter unter Druck gerät, fordert die AbL, die zusätzlichen EU-Quoten in der nationalen Reserve zu parken und die Saldierung stark einzuschränken

Noch sechs Monate, dann greift die Erhöhung der nationalen Milch-Referenzmengen (Quoten) um drei mal 0,5 Prozent. Die Ausdehnung der erlaubten Milchherzeugung um 1,5 Prozent war schon Bestandteil der Agenda 2000 und ist bei den Beschlüssen zur jüngsten EU-Agrarreform im Sommer 2003 um ein Jahr auf 2006-2008 nach hinten geschoben, aber eben nicht aufgehoben worden.

Das Bundesministerium für Landwirtschaft hat zu Ende August die Verbände eingeladen, um zu erörtern, wie mit den mehr Mengen umgegangen werden soll. Weil die rechtlichen Grundlagen für die Milchquote in Deutschland somit ohnehin geändert werden müssen, ist das Fenster auch für weitere Änderungen – z.B. bezüglich der Saldierung und der Quoten-Börsen – geöffnet.

1,5 Prozent sind schädlich

Die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch hat die Bundesregierung aufgefordert, die zusätzlichen Quoten nicht auf den Markt zu geben. „Diese Menge sollte solange nicht an den Markt gelangen, wie die Milchpreise für die bäuerlichen Betriebe unter den Erzeugungskosten liegen und die Arbeit nicht bezahlen. Wir fordern daher das Bundesministerium dazu auf, die zusätzliche Menge, die in Brüssel nicht mehr zu stoppen zu sein scheint, auf nationaler Ebene unschädlich zu halten“, erklärte Heubuch.

Die AbL schlägt in ihrem neuen Positionspapier zur Zukunft der Milchquote folgendes Vorgehen vor:

- 1.) Die zusätzlichen Mengen (in 2006 sind es 0,5 Prozent oder 139 Mio. kg) sollen in die so genannte „nationale Reserve“ gegeben werden. Die EU-Kommission hat gegenüber der AbL bestätigt, dass das rechtlich möglich ist.
- 2.) Damit diese Maßnahme wirkt, soll die nationale Reserve aus der Saldierung herausgenommen werden. Bislang wird die nationale Reserve (bisher ca. 70 Mio. kg) mit den Überlieferungen (nach der Molkereisaldierung) verrechnet. Nur die Betriebe, die dann noch bei der Überlieferung dabei sind, müssen Strafgebühren zahlen. So reduziert die nationale Reserve nicht die Überlieferungen, sondern nur die Superabgaben der Überlieferer.

Saldierung begrenzen

- 3.) Um zudem ein deutliches Signal an die Überlieferer zu senden, die Quoten möglichst nicht zu überschreiten, will die AbL die Saldierung stark einschränken: Überlieferungen eines Betriebes sol-

len nur noch bis fünf Prozent der betrieblichen Quote in die Saldierung einbezogen werden. Jeder Liter, der nach Saldierung noch zu viel geliefert wurde, wird anteilig mit der Superabgabe bestraft.

- 4.) Damit dies alle gleich trifft und nicht abhängig davon ist, zu welcher Molkerei ein Betrieb liefert, soll die Molkereisaldierung aufgehoben werden. Denn die bewirkt bisher, dass zunächst die Unterlieferungen der Kollegen auf Molkerei-Ebene mit den Überlieferungen verrechnet werden.

Bayern dafür

Die AbL-Forderung nach deutlicher Einschränkung der Saldierung wird von den Landesregierungen in Bayern und Baden-Württemberg unterstützt. Bayerns Minister Miller erklärte, dass er im Bundesrat eine Initiative ergreifen wolle. Allerdings schränkte er ein: Voraussetzung dafür sei, dass sich eine Mehrheit in der Länderkammer abzeichne. Daran ist die Einschränkung der Saldierung schon im Sommer 2004 gescheitert. Im Fachausschuss Milch des Deutschen Bauernverbandes (DBV), der sich auf dem Bauerntag in Rostock traf, gab es eine hauchdünne Stimmenmehrheit (7 zu 6 bei 2 Enthaltungen) dafür, die Saldierung auf Molkereiebene auf 10 Prozent der betrieblichen Menge zu begrenzen. Das war schon ein Kompromiss, denn die Vertreter aus Bayern hatten vorgeschlagen, die Saldierung ganz abzuschaffen.

Die Einschränkung oder Abschaffung der Saldierung wird die Probleme des zu niedrigen Milchpreises nicht allein lösen. Das würde die Verantwortung für die Molkereiwirtschaft, einen fairen Milchpreis auszu zahlen, zudecken. Aber die Erwartung hegt auch niemand. Und dennoch sind die Zahlen aus dem letzten Jahr ein Hinweis, dass zusätzliche Menge den Druck auf den Preis erhöht: 2004 ist die nationale Quote Deutschlands um 1,4 Prozent überliefert worden (nach Abzug durch Saldierung); der Erzeugerpreis ist um 1,7 Prozent gefallen (siehe Meldung am Rand).

Das AbL-Positionspapier zur Zukunft der Milchquote geht auch darauf ein, ob die regionalen Grenzen, in denen eine Übertragung von Milchquoten (Börsen) erlaubt ist, ausgeweitet werden sollen. Die AbL mahnt zur Vorsicht und fordert, qualitative Kriterien (Arbeit, Grünland) in den Quotenhandel einzubeziehen.

Über die Quote wird in diesem Herbst noch viel zu reden sein. Das ist richtig, darf aber eben nicht die Diskussion um den Preis verdecken, sondern muss sie unterstützen.

uj

Das Positionspapier ist in der AbL-Bundesgeschäftsstelle zu erhalten. Tel.: 02381-9053174, korspeter@abl-ev.de oder im Internet: www.abl-ev.de



Die Diskussion um die Quote (Menge) muss die Forderung nach höheren Milchpreisen unterstützen. Foto: Jasper

Mehr Milch, weniger Geld

Im Milchwirtschaftsjahr 2004 hat Deutschland die von der EU zugestandene nationale Milchquote um 403 Mio. kg überschritten. Das sind 1,4 Prozent, soviel wie nie in den nun 20 Jahren der Milchquotenregelung. Für das Nichteinhalten sind insgesamt 134 Mio. Euro „Superabgaben“ nach Brüssel abzuführen. Bezogen auf die gesamte Milchmenge in Deutschland heißt das einen halben Cent je Liter. Zahlen müssen aber allein diejenigen, die auch nach der Verrechnung mit den Unterlieferungen von Kollegen (Molkerei- und Bundes-saldierung) noch ihre Quote überschreiten. Für sie ergibt sich eine Superabgabe von 25 Cent je kg der verbleibenden Überlieferung. Die Strafzahlungen der Überlieferer vom Jahr zuvor (damals 22,1 Cent/kg) haben anscheinend nicht ausreichend zur Mengendisziplin angehalten. Der Erzeugerpreis für Milch ist im Jahr 2004 laut ZMP um einen halben Cent je Kilo (1,7 Prozent) weiter zurückgegangen auf 29,4 Cent/kg (4,2 Prozent Fett, 3,4 Prozent Eiweiß; inkl. aller Nachzahlungen und Zuzug und Abschläge). In Westdeutschland (NRW, HE, RP) ging der Preis sogar um 1,1 Cent zurück (-3,3 Prozent).

Monsanto klagt auf Zulassung

Gegen die Entscheidung des Bundessortenamtes, seine gentechnischen Maissorten nicht zuzulassen, klagt der Gentechnik-Konzern Monsanto vor dem Verwaltungsgericht Hannover. Es geht um einen Meilenstein in der deutschen Sortenzulassung, denn noch nie hat eine gentechnische Sorte hier eine Zulassung bekommen. Das Bundeslandwirtschaftsministerium vertritt die Auffassung, dass Monsanto in der EU keinen Neuantrag für die Zulassung als Saatgut gestellt hat. Monsanto hingegen argumentiert, dass schon 17 Sorten vom Mais Mon810 EU-weit zugelassen sind und damit sichergestellt sei, dass das Saatgut ebenfalls zugelassen ist. Schon in Nordamerika hat sich Monsanto einen Ruf als aggressiver Markterschleiber erworben. *ms*

Stadt Lüneburg setzt Zeichen

Gentechnisch veränderte Lebensmittel und Gentec-Saatgut sind nicht erwünscht, weder in den städtischen Einrichtungen Lüneburgs noch auf den Feldern, die die Stadt verpachtet. Diesen Beschluss hat der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz der Stadt Lüneburg gefasst. Wenn neue Pachtverträge abgeschlossen werden, sollen die Pächter eine freiwillige Selbstverpflichtungserklärung eingehen und auf gentechnisch veränderte Pflanzen und Saatgut verzichten. Selbst Kreislandwirt Detje hat keine rechtlichen Einwände dagegen, um gleichzeitig die Bauernverbandsmeinung zu betonen: „Auf Dauer gesehen kann man sich aber nicht von der Entwicklung abkoppeln.“ Auch bei der Beschaffung von Lebensmitteln soll in allen städtischen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Klinikum oder Seniorenzentrum auf gentechnisch veränderte Produkte verzichtet werden. *gj*

84 Prozent für faire Erzeugerpreise

Die Organisation Slow Food wollte wissen, wie die Verbraucher zu den Preisen für Lebensmittel stehen. 84 Prozent der Deutschen wollen, dass die Landwirte angemessen für ihre Produkte bezahlt werden. Für nur zwölf Prozent ist es am wichtigsten, dass die Produkte billig sind. Das ergab eine Meinungsumfrage von „Forsa“ im Auftrag von Slow Food Deutschland. Auch nach ihrer Einstellung zu gentechnisch veränderten Bestandteilen in der Nahrung wurden am 18. und 19. Juli 1.001 Bürger befragt: 79 Prozent lehnten das ab, nur 17 Prozent gaben an, dass ihnen diese Frage egal sei, wenn der Preis stimme. Ausführlicher unter: www.slowfood.de *uj*

Französische Bauern plündern Lidl

Französische Obst- und Gemüseerzeuger haben mehrere Filialen des Discounters Lidl in Frankreich gestürmt und ausländisches Obst und Gemüse aus den Regalen geräumt. Sie protestierten damit gegen die Preispolitik von Lidl. Sie warfen Lidl z.B. vor, südafrikanische Birnen zum Preis von 90 Cent/kg zu bewerben, während französische Ware für 40 ct/kg „verschleudert“ werde. „Dabei wissen die Lidl-Filialen, dass die Vermarktung französischer Birnen begonnen hat“, erklärt Bertrand Ferraud vom Bauernverbandes FDSEA. Das Pariser Landwirtschaftsministerium reagierte auf die Aktionen mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe. Die prüft eine befristete Preisbindung für Sommerbirnen und Pflaumen. Gedacht ist daran, eine Mindestpreisspanne zwischen Erzeuger- und Verkaufspreis im Laden festzusetzen. *pm*

Fellachen wehren sich

In Ägyptens fruchtbarem Nil-Delta spitzen sich die Konflikte um das knappe Land weiter zu. Immerhin findet ein Drittel der Ägypter in der Landwirtschaft Lohn und Brot, seit in den fünfziger Jahren ein Großteil des Landes bei einer Landreform des Präsidenten Nasser an Kleinbauern verteilt wurde. Auf lediglich 4 Prozent der Fläche des Landes, im 20 km breiten Nilbett mit seinem fruchtbaren Schlamm, ist Landwirtschaft möglich. Jährlich gehen 20.000 Hektar des Ackerlandes verloren durch das Vordringen der Städte und durch die Versalzung. Seit 1997 betreibt die ägyptische Regierung die Reprivatisierung in die Hände der Großgrundbesitzer, sie verspricht sich davon eine Erhöhung der Produktivität und eine Verringerung der Lebensmittel-Importe. Menschenrechts-Organisationen berichten von Korruption und Foltermethoden der Polizei gegen Bauern. Laut *Süddeutscher Zeitung* verteidigen die verzweifelten bäuerlichen Fellachen (übersetzt: „die die Erde pflügen“) ihr Land zunehmend auch gewaltsam gegen Versuche der Großgrundbesitzer, sich Teile davon ohne Gerichtsbeschluss wieder zurückzuholen. *en*

Kurzes am Rande

Feldzerstörung mit viel Echo

Offene Aktion mit Ankündigung. Initiative „Gendreck weg“ macht weiter

Die angekündigte Zerstörung eines Gen-Maisfeldes in Brandenburg hat Ende Juli viele Journalisten und 300 Interessierte auf den Acker gelockt. Die süddeutsche Initiative „Gendreck weg“ hatte dazu aufgerufen, sich öffentlich dazu zu bekennen, auf einem Acker mit Gen-Mais Pflanzen zu zerstören, da Gentechnik in der Landwirtschaft Bauern, Imker und Gärtner in ihrer Existenz bedrohe.

Wenige Wochen zuvor war noch unklar, ob die Aktion stattfinden würde, da das selbstgesetzte Ziel von 250 Unterschriften und der Ort des Geschehens erst Anfang Juli feststanden. Schließlich wurde ein Feld mit 10 Hektar Gen-Mais in Hohenstein am Rande des Naturparks Märkische Schweiz ausgewählt.

Zu dem Gottesdienst kamen viele Neugierige aus der Region. Auf der Podiumsdiskussion stellte sich der Landwirt Jörg Piprek, der den Gen-Mais anbaut, den Argumenten der Aktivisten: „Man muss akzeptieren, dass ich nichts mache, was illegal ist.“ Ihm hielt einer der Initiatoren von

„Gendreck weg“, Michael Grolm, entgegen, dass „in einer Demokratie die Politik den Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger respektieren muss. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung die Gentechnik ablehnt, darf bei uns genmanipuliertes Saatgut ausgesät werden, mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Tier“, erklärte er. An der Aktion selbst beteiligten sich ungefähr 200 Menschen, darunter auch Bauern und Aktivisten aus Frankreich und der Schweiz. Mit einem massiven Polizeiaufgebot sollte das Vordringen auf den Acker verhindert werden. Dabei kam es zu knapp 80 Festnahmen, einige Aktivisten gelangten dennoch auf den Acker. Die Initiatoren werten den Tag als großen Erfolg: „hohe Beteiligung, gute Stimmung und ein riesiger Medienerfolg“. Am 4. September soll in Berlin die nächste Aktion stattfinden, in die Politische Mitte Deutschlands – das Brandenburger Tor – soll die Ernte gebracht werden.

ms

Tour durchs ländliche Europa

30 Leute ziehen in 90 Tagen durch Europa

Am 16. Juli sind sie aufgebrochen in Wijk aan Zee, in den Niederlanden: Bert Kisjes, der Initiator von „Kulturdorf Europa“ und dieser Tour, und etwa 30 Leute, die gemeinsam haben, dass sie völlig verschieden sind. Von 15 bis 85 sind

alle Altersklassen vertreten, unterschiedliche Berufsgruppen, aber viele mit einem engen Bezug zum Land. Sie sind unterwegs, um die verborgenen Schätze der Dörfer zu entdecken. Lokales Wissen, Dorfkultur, Generationenzusammenhalt und der Bezug zur Natur.

Unterwegs kommen sie unter auf Bauernhöfen und in Dörfern, werden eingeladen, bringen Neugierde, eine Jazzband und ihre Erfahrungen mit.

Ihren ersten Abend unterwegs verbrachte die Gruppe in Freckenhorst nahe Münster auf dem Hof der Familie Schulze Schlepplinghoff. Nach Besichtigung des Hofes versammelte man sich um ein großartiges Buffet und begann ein intensives Kennenlernen. Bert Kisjes erläuterte die Geschichte der Tour, und dann packten die Musiker ihre Instrumente aus. Der Abend wurde lang.

Eine weitere Station führte nach Rotenhausen nahe Lübeck. Hier konnten Bernd Voß

von der AbL Schleswig-Holstein und Fritz Otto vom Gut Rotenhausen die Teilnehmer bei regionaltypischem Regenwetter begrüßen. Beim Rundgang wurde deutlich, dass hier ein vielseitiger Betrieb mit breiter kultureller Einbindung das Land leben-



Ein Niederländer reist mit 30 Menschen von Dorf zu Dorf.

Bild: Korpeter

dig macht und 30 Personen Beschäftigung bietet. Beeindruckend war auch die Form der Betriebsleitung durch die Mitarbeiter. Zum Abschied gab es ein Stück Kultur vom Land: „Verliebt Trecker Fahren“ von Matthias Stührwoldt.

In einem Buch und in einem Film werden diese Begegnungen festgehalten, um sie am Ende der Reise dem europäischen Parlament in Straßburg zu übergeben. Wer Lust hat, ein Stück mitzufahren, tatsächlich oder nur virtuell, findet im Internet genauere Informationen: <http://www.europatour.org>, <http://www.cultural-village.com>.

Sonja Korpeter

Betriebsspiegel

Sigrid und Christian Köhler haben den landwirtschaftlichen Familienbetrieb in Seelitz, Ortsteil Winkeln, bei Mittweida/Chemnitz 1993 als Wiedereinrichter aus dem Dornröschenschlaf befreit. Sie bewirtschaften heute 80 ha Land, davon 10 ha Getreide, 5,5 ha Raps, 9 ha Erbsen, 3 ha Lupinen, 12 ha Mais und 35 ha Grünland
60 Kühe mit Nachzucht
Einsatz effektiver Mikroorganismen (EM)
Seit 1999 bieten sie Seminare auf ihrem Hof an für alle Altersstufen und Bevölkerungsschichten.

Auf dem Foto steht das Ehepaar Köhler mit Enkelsohn vor dem Wagen mit effektiven Mikroorganismen in der eigenen Kuhherde.

Schwiegervater hat heute achtzigsten Geburtstag. Aufgrund von Zeitmangel wegen der Ernte wird nicht im hofeigenen Seminarraum gefeiert, sondern in der Gaststätte. Die Ausgestaltung unseres eigenen Raumes erfolgt mit Blumen, Laub, Getreide, „schlaun Sprüchen“ und zeigt somit, wer wir sind: Wir sind Bauern, die gemeinsam mit den Gästen handgeschöpften Rohmilchkäse herstellen, zum Kräuterhexentreff einladen, zum Mondseminar, zum Energieaufspüren, zum Umgang mit effektiven Mikroorganismen Erklärungen abgeben.

Nach dem dazugehörigen Betriebsrundgang erfahren die Leute das Zusammen-

spiel vieler Faktoren auf dem Milchviehbetrieb, der vom Ehepaar Köhler allein bewirtschaftet wird. Zu Spitzenzeiten kommt Hilfe über den Maschinenring und bei Seminaren hilft die Tochter im Hintergrund und der Schwiegersohn erledigt als Tischler alle Holzreparaturen.

80 ha Land und 60 Kühe mit Nachzucht stellen einen rundlaufenden Betrieb dar, der auf Zukauf von Futtermitteln nicht angewiesen ist. So geht man Gentechnik aus dem Weg und auch anderen Verunreinigungen. Ist man beim Betriebsrundgang ehrlich, können Seminarteilnehmer vor Ort erfahren, was bäuerliche Landwirtschaft wirklich ist.

Die Tatsache, dass mit Hilfe der effektiven Mikroorganismen unser Betrieb antibiotikafrei geworden ist, ruft immer Erstaunen bei den Gästen hervor, aber in der eigenen Verwandtschaft Skepsis und Kopfschütteln. „Wie lange haltet Ihr das Pensum noch durch?“, so die Frage zur Geburtstagsfeier.

Kann man von Idealismus leben? Der Verwandte will's wissen oder provoziert. Er ist Buchhalter – er rechnet. Naja, rechnen könnte es sich mit einem fairen Milchpreis schon besser, aber dafür sollen ja die Seminare ein zweites Standbein werden, wo nebenbei in fröhlicher Runde auch Aufklärung betrieben wird. Haben wir doch von der Arbeit der effektiven Mikroorganismen gelernt, dass nur ein Miteinander uns vorwärts bringt. Sie sind für uns die größten Lehrmeister in unserem bisherigen Leben. Das, was sie uns lehren, geben wir gerne in Seminaren weiter. „Eine Revolution zur Rettung der Erde“ als Ausdruck von Professor Higa, dem Verfechter der effektiven Mikroorganismen aus Japan, ist inzwischen auch unser Leitspruch.

Hochtrabend? Nein, Realität – sonst hätten wir doch auch nach heutigem Wirtschaftssystem den Achtzigjährigen lieber ins Altersheim gesteckt, als mit ihm auf dem Hof zu leben und zu feiern. Manches rechnet sich eben anders.

Familie Köhler

Manches rechnet sich eben anders

Meine Frau und ich haben uns Ende 1977 auf dem 20 ha Hof meiner Eltern niedergelassen. Wir haben sofort eifrig losgelegt: Renovierung des Wohnhauses, Bau eines Kuhstalls und Anschaffung einer Melkanlage. Und dann ging es los mit der Milchproduktion. Unser Ziel waren 200.000 Liter Milch im Jahr.

Die Einführung der Milchquoten stoppte uns jedoch in unserer Entwicklung: 185.000 Liter Milch lautete die Menge, die wir ab April 1984 nur noch produzieren durften. Da wir 1983 auch noch den 12 ha Hof meiner Schwiegereltern übernommen hatten, besaßen wir nun mehr Land, als wir im Rahmen unserer damaligen Intensivbewirtschaftung (vor allem Mais) brauchten. Also entschlossen wir uns, zusätzlich noch anderes Getreide anzubauen und alles, was nicht an die Kühe verfüttert wurde, zu verkaufen. Die Getreidepreise waren gut damals.

Unsere durchschnittliche Milchleistung betrug 8.000 kg pro Kuh und wir benutzten eine Menge Düng- und Pflanzenschutzmittel. Doch Anfang der 90er Jahre stellen wir diese intensive Wirtschaftsweise in Frage.

1990/91 zeichnete sich die GAP-Reform 92 immer klarer ab. In der Confédération Paysanne (französische Bauernorganisation) sah man die Dinge kommen und bot Veranstaltungen zum Thema GAP und ihren Auswirkungen auf unsere Betriebe an. Sehr schnell wurde uns Teilnehmenden klar, dass wir unsere Art und Weise zu produzieren ändern müssten. Die Gründung der ADAGE (Nachhaltige Landwirtschaft durch Autonomie, Management und Umwelt) hat die Entwicklung einer grünlandbasierten, extensiveren und zugleich kostengünstigeren Produktionsweise rasant beschleunigt. Der Gruppeneffekt war hierbei sehr wichtig. Sowohl, um uns gegenseitig zu bestärken, als auch um uns



Auf dem Weg in die Zukunft!

nach außen abzugrenzen. Denn erst in den letzten Jahren wird unsere Wirtschaftsweise verstärkt anerkannt und unsere Erklärungstafeln, Konferenzen und Hofbesichtigungen tragen ihre Früchte.

Aber die neue GAP für 2006 beunruhigt uns sehr stark: Das Referenzmodell (Prämien werden auf der Grundlage der Produktion in einem bestimmten Zeitraum berechnet), wird es sehr intensiv wirtschaftenden Betrieben ermöglichen, auf Grünlandsysteme umzustellen, die den unseren sehr ähneln, aber mit den Prämien! Wir dagegen hatten gar keine Hilfen oder nur sehr wenige für unsere Grünlandpraktiken; das ist deloyale Konkurrenz!

Diese GAP wird mit ihrer Weltmarktpreisorientierung Praktiken und Wirtschaftswesen auf dem Land verändern. Welche Zukunftsaussichten bleiben für uns? Keine sehr brillanten jedenfalls. Viele Bauern werden aufgeben, der

Strukturwandel schreitet bei uns sehr schnell voran zur Zeit.

Wir möchten unseren Hof gerne an einen unserer Söhne weitergeben. Möglich wird dies vielleicht mit einer Ausdehnung des Betriebszweiges Ferien auf dem Bauernhof, den wir vor 15 Jahren begonnen haben, da wir den Austausch mit anderen Menschen sehr schätzen. Wir nehmen Feriengäste auf und bieten auch Zimmer mit Halbpension an. Wenn man diesen Zweig noch weiter ausbaut, dann lässt sich damit ein gutes Einkommen erzielen. Die Milchkühe werden wir abschaffen müssen. Zu den aktuellen Bedingungen können wir in Zukunft nicht mehr produzieren. Mutterkuhhaltung wäre eine machbare Alternative, um das Land zu nutzen. Der Direktverkauf ab Hof wird vielleicht ein weiterer Schlüssel für die Zukunft sein.

Ich bleibe überzeugt, dass wir zahlreiche Bauern im Land brauchen. Die Frage ist, wie wir das schaffen. Lokal produ-

zieren, lokal konsumieren mit der sozialen Verknüpfung zwischen den Gesellschaftsschichten!

Prosper Hardy

Betriebsspiegel

Milchviehbetrieb mit Tourismus in der Bretagne in Westfrankreich
Bewirtschaftet vom Ehepaar Hardy, zusätzlich zur Landwirtschaft nehmen sie Pflegekinder auf.

Sie arbeiten zu zweit nach dem Konzept: „Nachhaltige Landwirtschaft“: wirtschaftlich, sozial gerecht und ökologisch sinnvoll

38,5 ha Land, davon 63% Grünland,
3,9 km Hecken,
31 Milchkühe
194.340 l Milchquote

Der älteste Sohn arbeitet zur Zeit als Umweltpädagoge in einem Ökozentrum und möchte später den Hof seiner Eltern übernehmen.

Kartoffelbauern verhindern Preissenkung

Die Bauern der Erzeugergemeinschaft für Speisefrühhkartoffeln im Raum Burgdorf/Hannover haben mit massiven Protesten erreicht, dass die Genossenschaft RWG Osthannover/Groka die geplante Senkung der Erzeugerpreise zurücknehmen musste. Otmar Thieleking als Sprecher der Kartoffelbauern rechnete vor, dass der Genossenschaft nach Senkung der Kartoffelpreise um 50 ct auf 7 Euro/dt zusammen mit einer Verladegebühr, der Null-Bonitierung sowie einem Frischeabzug von 3 Prozent eine überhöhte Handelsspanne von 30 Prozent verblieben wäre. Und dies zu einem Zeitpunkt, als nach einer langen Niedrigpreis-Phase die Marktlage endlich ausgeglichener war. Die Entscheidung der Geschäftsführung sei nicht einmal mit den Bauern im Aufsichtsrat abgesprochen worden. Marktbeobachter kritisieren zudem, dass eine solche „komfortable Spanne“ den Erstvermarktern gegenüber den Lebensmittel-Ketten nur ein weiteres Nachgeben bei den Preisen erlaubt hätte. So habe Lidl offenbar Vermarkter gefunden, die die 2,5-kg-Tüte für 33 ct Einstandspreis abgegeben hätten. Dies geschehe entweder zu Lasten von deren Spanne, oder es handele sich um minderwertige Abfall-Untergrößen aus der Pommes-Herstellung, was jeglicher Qualität bei Speisekartoffeln widerspreche. *en*

Polizei-Eskorten für Mähdrescher

Mähdrescher nur mit Blaulicht-Eskorte der Polizei aufs Feld, angemeldet spätestens 48 Stunden vor Fahrtantritt und gebührenpflichtig mit 50 Euro? Diese Anordnung hat Jörg Hellmuth, CDU-Landrat in Stendal, erlassen – gemäß seiner Interpretation des § 29 der sachsen-anhaltinischen Verwaltungsvorschrift zur deutschen Straßenverkehrsordnung sogar ohne Ausnahme. Erst nach massivem Protest von Bauern und Polizeigewerkschaft leitete Verkehrsminister Daehre eine Korrektur dieses bürokratisch-unsinnigen Vorgangs ein, gerade noch rechtzeitig zur Haupterntezeit. *en*

Gegen Übermacht der Sägewerke

Als Not-Vereinigung von 17.000 privaten und 800 kommunalen Waldbesitzern „gegen die Übermacht oligopolistischer Sägewerke“ beschreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung die Gründung der süddeutschen Genossenschaft „In-Silva“. Rund ein Dutzend Konzerne, so Vorstandsmitglied Markus Romer, verarbeiteten derzeit 85 Prozent des in Deutschland jährlich anfallenden Rundholzes, das führe zu massiven und permanenten Preissenkungen – besonders nach orkanbedingten Holzüberangeboten und bei anhaltend schwacher Bauholzkonjunktur. Deshalb hätten die großen Waldbesitzer ihren Holzverkauf bereits über die Lignis GmbH & Co.KG gebündelt, z.B. die Fürstenhäuser Fürstenberg, Waldburg-Wolfegg, Leiningen und Löwenstein-Wertheim-Rosenberg. Seit der Gründung von In-Silva zu Jahresbeginn nehmen die Abnehmer-Anfragen zu, weil der Zusammenschluss eine kontinuierliche Belieferung der Sägereien sicherstellen könne. *pm*

Baywa-Monopol auf Umwegen?

Nachdem die Baywa-Zentralgenossenschaft vor einigen Jahren die Lagerhäuser der südwestdeutschen WLZ-Genossenschaft übernommen hatte, will sie genau diese WLZ-Standorte nunmehr wieder verpachten, und zwar an das private Landhandelsunternehmen Zirn GmbH & Co.KG. Bauernverbandsfunktionäre aus Baden-Württemberg befürchten nun regionale „Monopolstrukturen“ durch Zirn. Landwirte aus der Region befürchten aber laut „Ernährungsdienst“ eher eine langfristige Festigung der Monopolstellung der „übermächtigen Baywa“: Die Firma Zirn solle offenbar im Interesse der Baywa die unangenehme Aufgabe der Strukturbereinigung übernehmen, um dann selbst von der Baywa übernommen zu werden. *pm*

Dünger-Konzentration

Unter den Herstellern von Stickstoff-Düngemitteln in Westeuropa dominiert bei weitem der norwegische Konzern Yara (ehemals Norsk Hydro) mit einer Produktionskapazität von knapp 3 Millionen Tonnen. Auf den weiteren Plätzen folgen: BASF (1,1 Mio. t), Kemira GrowHow (0,8), Grande Paroisse (0,7), Fertiberia (0,7), DSM (0,6), Terra (0,3), SKW Piesteritz (0,3) und Agrolinz (0,2). *pm*

Kurzes am Rande

Pflanzenzüchter geben nach

Bauern bekommen endlich Bestätigung, dass Rapssaatgut keine gentechnischen Beimengungen enthält

Die Marktlage ist eindeutig, alle Raps-Abnehmer fordern von Bauern Raps ohne gentechnische Beimengungen, die Rapsmühlen verlangen teils sogar die Unterschrift unter eine Garantie-Erklärung, dass die aufgekaufte Rapsernte der Bauern gentechnikfrei ist.

Aber die Pflanzenzüchter bzw. Saatgutanbieter haben sich bislang geweigert, dieselbe Garantie für das Saatgut zu geben. Dabei darf in Europa kein gentechnischer Raps angebaut werden, und nach Vorgaben der EU darf im Saatgut keinerlei Beimengung von gentechnischem Raps sein. Dennoch wurden die Bauern stets mit der gleichen unzureichenden Erklärung hingehalten, dass zwar in der Züchtung keine Gentechnik eingesetzt werde, aber durch den Anbau in freier Natur Einkreuzungen nicht ausgeschlossen werden könnten.

Bewegung Dank Österreich

Als die AbL dann Ende Juni Bauern empfahl, in Österreich Saatgut einzukaufen, da dort per Gesetz definiert ist, wie sauber Saatgut sein muss, kam Bewegung in die deutsche Pflanzenzucht- und Saatguthandelbranche. Eine Anzeige im Westfälischen Wochenblatt von der Eickernmühle für österreichisches Saatgut und eine Umfrage vom Qualitätsfleischprogramm Neuland bei den Pflanzenzüchtern sorgte zunächst dafür, dass die BayWa nicht nur den österreichischen Raps vertreiben will, sondern bei dem eigenen Raps die Untersuchungsergebnisse für mögliche gentechnische Verunreinigungen beilegt.

Nun auch deutsche Anbieter

Selbst der größte deutsche Pflanzenzüchter, die KWS, will die Ergebnisse nun den



**Die einzigen,
die an der
Gentechnik
verdienen,
sind eine Hand voll
Konzerne wie
Bayer, Monsanto
und Syngenta**



Bauern gegen Aufpreis aushändigen. SW Seed, eine Pflanzenzucht-Tochter des Gentechnik-Konzerns Bayer, gibt Bauern neben der allgemeinen Erklärung die Garantie, dass das Saatgut keinesfalls über

0,1 Prozent belastet ist. Das garantiert alles weniger als die österreichischen Saatgutqualität, die einen Grenzwert von 0,03 Prozent vorgibt, zeigt aber deutlich, dass nun auch die deutschen Züchter den Markt für gentechnikfreies Saatgut sehen.

Sobald sich die Bauern ans südliche Nachbarland wenden, wo alle Parteien und die meisten bäuerlichen Organisationen klar auf gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung setzen, zeigen die Deutschen Pflanzenzüchter: Es geht doch. Für die AbL ist schon lange klar: Die einzigen, die an der Gentechnik verdienen können, sind eine hand-



Speiseöl aus Raps gibt es natürlich nur gentechnikfrei. Was die Abnehmer an Garantien von den Bauern fordern, haben die Saatgutanbieter bislang verweigert. Druck der AbL mit Unterstützung aus Österreich hat nun geholfen.

voll Konzerne wie Bayer, Monsanto und Syngenta. Bauern finden höherpreisige Märkte beim konsequenten Verzicht auf Gentechnik.

Nächste Runde: Maissaatgut

Jochen Dettmer, Geschäftsführer von Neuland, hat inzwischen auf seinem Hof Raps der Sorte Aviso ausgesät und nach vielen Briefen und Telefonaten auch das entsprechende Untersuchungsergebnis von der BayWa bekommen.

Die nächste Auseinandersetzung wird im Frühjahr beginnen, wenn Bauern von den Züchtern Garantien über Maissaatgut einfordern.

Regionale Vermarktung von Lebensmitteln gewinnt weiterhin an Bedeutung. Edeka öffnet Lebensmitteln aus der Region die Tore. Vorzeigeprojekte dehnen sich aus, andere haben zu kämpfen. Eindrücke von der Lage des Marktes und auf den folgenden Seiten zwei hoffnungsfrohe Beispiele aus dem Allgäu und aus Niedersachsen bilden den Schwerpunkt dieser Ausgabe.

„Bestes aus unserer Region“

Regionale Vermarktung zwischen Aufwind und Rückschlägen

Mein größter Fehler war es, immer nur den Preis zu sehen, zu zentralisieren und alles andere außer Acht zu lassen.“ So zitierte die Lebensmittelzeitung Georg Dietrich, den neuen Sprecher der Geschäftsführung der Edeka Nordbayern-Sachsen-Thüringen. Auch das Jahr 2004 habe gezeigt, dass der Wettlauf mit den Discountern „über den Preis nicht zu gewinnen“ sei. Die Edeka Nordbayern wie auch die Edeka Südwest setzen nun verstärkt auf ein weiteres Standbein: ein umfangreiches Sortiment von Produkten aus der Region, „ohne das andere zu lassen“, wie Dietrich hinzufügt.

„Bestes aus unserer Region“ heißt das Konzept der Edeka Nordbayern. Für das Projekt „Regionaltheken“ des Vereins „Artenreiches Land – Lebenswerte Stadt“ im fränkischen Feuchtswangen hat Edeka im letzten Jahr die Tore geöffnet. „Das hat einen richtigen Ruck gegeben“, berichtet Gisela Endt, die in Feuchtswangen auch die landesweiten Aktivitäten für den Tag der Regionen (siehe Seite 23) koordiniert. In über 100 Supermärkten in Mittelfranken bieten nun Regionaltheken Produkte von verschiedensten Anbietern aus der Region an. Das soll auf ganz Franken ausgedehnt werden.

Die Edeka Nordbayern will übrigens nicht nur die Lebensmittel aus der Region beziehen, sondern auch beim Bau neuer Märkte ausschließlich regionale Bauträger und Subunternehmer beauftragen und das natürlich als einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung vermarkten.

Nicht nur auf die Edeka setzt die Solidargemeinschaft „Unser Land“, die aus der Mitte der 90er Jahre gegründeten Gemeinschaft „Brucker Land“ entstanden ist und neun Landkreise rund um die Stadt München umfasst. Das Sortiment wächst weiter. Es gibt eine eigene Milchmarke (Verarbeitung bei Scheitz/Andechs) und 200 Milchbauern sind eingebunden. „Unser Land“-Fleisch gibt es aus vier Landkreisen, wobei das Futter für die Tiere ausschließlich aus heimischem und gentechnikfreiem Anbau stammt. Dazu wurde eine eigene Soja-

Erzeugung aufgebaut, was das vernetzte Vorgehen andeutet. Im Januar diesen Jahres gab es den Startschuss für das erweiterte Bio-Sortiment, nun gibt es neben Bio-Brot auch Gemüse (einschließlich Sauerkonserven im Glas) und Obst unter dem Dach der Marke, geliefert von vier Betrieben der Region. Schon Brucker Land hatte es früh geschafft, breit in den Lebensmittelhandel zu kommen. Unser Land insgesamt hat das auch geschafft. Tengelmann, aber auch Edeka, MiniMal, Spar und die regionale Kette AEZ (Amper Einkaufszentrum) bieten die Produkte an. Allein in München sind es 74 Geschäfte plus 43 Bäckereifilialen, in denen „Unser Land“ greifbar ist.

Auch Schwierigkeiten

Aber es gibt nicht nur die Vorzeigeprojekte aus Bayern, und es gibt nicht nur Wachstum zu berichten. Viele Projekte, die erst vor einigen Jahren hoffnungsfroh gestartet sind, gibt es nicht mehr, andere haben an herben Rückschlägen noch zu knacken. Und so gibt es im Zusammenhang mit dem Lebensmittelhandel auch Negativ-Beispiele, wo regionale Handelsketten von Großen übernommen wurden und das Sortiment „verschlankt“ haben. Die Projekte knabbern immer noch daran, dass die auf die alten Abnehmer ausgerichteten Mengen, die die Projekte vormals fast überfordert haben, nun woanders untergebracht werden müssen. In Zeiten allgemeiner Kaufzurückhaltung und der Betonung von Niedrigpreisen sowie leerer Kassen bei Großküchenbetreibern wie Krankenhäusern ist es aber ein verdammt zähes Vorhaben, neue potente Abnehmer (Händler, Großküchen) zu finden.

Noch eine Schwierigkeit kommt hinzu: Die Zusatzqualitäten, die viele regionale Projekte im Bereich tiergerechte Haltung, umweltverträgliche Erzeugung und Stärkung der Region zu bieten haben, scheinen weniger gefragt zu sein, zumindest finden sie in den Medien weniger Anklang. Auf rege Öffentlichkeitsarbeit und ein entsprechendes Echo aber sind die Projekte angewiesen, weil sie



für kommerzielle Werbemaßnahmen schlicht kein Geld haben.

„Regionen aktiv“

Geld ist in den bundesweit 18 Modellregionen, die beim Wettbewerb „Regionen aktiv“ des Bundesministeriums für Landwirtschaft (BMVEL) mitmachen, genug vorhanden. Trotzdem sind aus den Regionen bisher nur wenige schon jetzt zukunftsfähige Vermarktungsprojekte für regionale Lebensmittel entstanden. Woran das liegt, muss die laufende Begleitforschung erst noch herausfinden. Das BMVEL hat die Schwäche erkannt und macht die Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen für die nächste Phase von „Regionen aktiv“ zum Pflichtschwerpunkt für die Regionen, die auch nach Ablauf der regulären Laufzeit des Wettbewerbs (April 2006) weiterhin Fördergelder für das Regionalmanagement erhalten wollen. Das ist positiv zu bewerten.

Bei der regionalen Vermarktung darf die Direktvermarktung nicht vergessen werden. Nach Angaben des BMVEL sind über 30.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland in irgendeiner Art und Weise hier aktiv. Eine Studie der Universität Kassel für das BMVEL schätzt den Gesamtumsatz (ohne Wein) auf rund 3 Mrd. Euro im Jahr. 15 – 20 Prozent davon entfallen auf Güter aus ökologischem Landbau.

Nahversorgung

Die regionale Vermarktung stößt auch für die ländliche Infrastruktur in eine

größer werdende Lücke. Eine Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im Auftrag des Verbraucherzentralen-Bundesverbandes zeigt auf, dass das Netz an Lebensmittelgeschäften zur Nahversorgung in ländlichen Gebieten immer löchriger wird. Die Zahl der Verkaufsstellen ist zwischen 1966 und 2002 auf ein Drittel geschrumpft von 150.000 auf 55.000. Betroffen sind insbesondere „kleinere, nahversorgungsorientierte“ Geschäfte, und damit vor allem jene Menschen, die wenig mobil sind: ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, so die Studie. Im Landkreis Daun (Rheinland-Pfalz), einem von vier näher untersuchten Landkreisen, verfügen 74 der 109 Gemeinden über keinerlei Versorgungseinrichtungen mehr. „70 Prozent der Gemeinden sind ohne Verkaufsstellen (33 Prozent der Bevölkerung) und in 88 Prozent der Gemeinden, die für mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landkreises stehen, gibt es keine Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte mit einer Fläche über 100 Quadratmeter mehr. Der Lebensmitteleinzelhandel ist auf die größeren Gemeinden konzentriert.“ Besser als „Bestes aus der Region“ müsste es daher heißen: „Aus der Region – für die Region.“ Das ist nicht neu, aber gewinnt eben trotzdem weiter an Bedeutung.

Regional schlemmen im Allgäu

Seit drei Jahren bringt das Projekt LandZunge Land- und Gastwirte im Allgäu zusammen. Mit einem eigenen Magazin weist es den Weg zu regionalen Produkten

Viehtrieb im Allgäu – eine Augenweide. Doch was die Touristen an Rindfleisch auf den Teller bekommen, stammt oft aus Südamerika. „Die Gastronomie hat es versäumt, regional zu bleiben“, beklagt Josef Ellgass. Als Landwirt und Gastwirt in einer Person kämpft er für mehr Ehrlichkeit: „Wenn ich in einer schönen Region lebe, dann will ich auch ihre Produkte vermarkten.“ So kommt in seiner Gastwirtschaft

■ ■
**Wenn ich in einer
 schönen Region
 lebe, dann will
 ich auch ihre
 Produkte
 vermarkten**
 ■ ■

„Löwen“ am Dorfplatz in Eglofs, östlich von Wangen, nur Rindfleisch von seinen eigenen Weiderindern auf den Teller. Als er vor sieben Jahren die Gastwirtschaft von seinem Vater übernahm, fand er sich noch nahezu alleine mit dieser Einstellung.

Für das Projekt LandZunge ist Josef Ellgass mit seiner traditionellen Bauernwirtschaft ein Glücksfall – „LandZunge-Plus“. Die meisten Gasthäuser, die sich dem Projekt angeschlossen haben, bringen mit LandZunge-Standard

drei ausgewiesene Gerichte mit regionalen Produkten auf die Karte, davon mindestens eines mit Rindfleisch.

Gemeinsam geworben

Begonnen hat das Projekt im Frühjahr 2002 im Kreis Ravensburg. Gefördert aus dem baden-württembergischen Programm PLENUM konnte Projektinitiator Dr. Rudi Holzberger intensive Gespräche mit den Gasthöfen führen, die in Frage kamen. Als Agraringenieur mit journalistischer Erfahrung setzte Holzberger von Anfang an auf aktive Pressearbeit: zum Auftakt eine Sammelanzeige von 41 regionalen Gasthöfen in der Schwäbischen Zeitung, gefolgt von einer Serie mit zehn Gasthöfen in Text und Bild und schließlich die „LandZunge“ als eigenes, aufwändig gestaltetes Farbmagazin mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren, das in Gasthöfen, Tourist-Infos, Getränkemärkten und Filialen der Lebensmittelkette Feneberg ausgelegt wird. So eine aufwändige Öffentlichkeitsarbeit hätte sich der einzelne Gasthof nicht leisten können. Doch das Werben wirkte. So mancher LandZunge-Gastronom verbuchte Umsatzzuwächse von zehn bis zwanzig Prozent. Der Ausflugstourismus wurde belebt, wozu auch gezielte Aktionen wie Lammfleisch zu Ostern, Käse-Wochen usw. beitrugen.

Inzwischen ist mancher Gastwirt wieder abgesprungen, doch Rudi Holzber-

ger sieht es positiv: „Die Aktion hat sich gesund geschrumpft.“ Im Sommer dieses Jahres hat man dann die Ausweitung über die Landesgrenze ins bayerische Allgäu gewagt, so dass nun 60 attraktive Gasthöfe zur LandZunge gehören.

Regionale Partner gefunden

Mit der LandZunge GbR hat die Organisation inzwischen eine feste Form gefunden, deren Vorstand sich aus vier Gastwirten, vier Landwirten und vier weiteren Partnern zusammensetzt. Die Gastwirte zahlen eine Jahresgebühr von 200 Euro, mit der auch Service-Leistungen wie Speisekarten oder Internet finanziert werden können.

Als besonders erfolgreich erwies sich, dass regionale mittelständische Unternehmen in das



Projekt LandZunge mit eingebunden werden konnten. So liefert die Kälber-EG Allgäu Fleisch aus dem regionalen Markenprogramm

„Prima Rind“, denn nur wenige Gastwirte beziehen ihr Fleisch direkt vom Bauern oder Metzger vor Ort. Die Logistik übernimmt die Firma Früchte-Jork, die neben Obst und Gemüse aus der Bodenseeregion jetzt auch Fleisch oder Käse den Gastronomen zweimal wöchentlich ins Haus liefert.

Ein erstes eigenes Produkt war das „LandZüngle“ – ein Bier der Brauerei Clemens Härle in Leutkirch. Inzwischen gibt es auch LandZunge-Apfelsaft aus Streu-Obst, LandZunge-Maultaschen, ja sogar einen LandZunge-Wurstsalat. Weitere Produkte sollen folgen, so dass die Gäste nicht nur LandZunge-Gerichte essen, sondern auch regionale Produkte unter dem Markenzeichen „LandZunge“ kaufen können.

„Bei dieser Auswahl und der professionellen Logistik kann sich nun kein Gastwirt mehr herausreden, dass er nicht an regionale Produkte komme“, findet Rudi Holzberger. Und über diese Vermarktungsschienen lässt sich auch die regionale Herkunft leicht kontrollieren. Zudem wird in einem weiteren PLENUM-Projekt nun ein Erzeugerquerschnitt der Region erstellt, bei dem alle



Ein Leitprodukt ist Rindfleisch. Hier machen sich Landrat Kurt Widmaier und Josef Ellgass an den Braten.

Foto: Gretler

regionalen Erzeuger erfasst werden sollen.

Qualität zahlt sich aus

Neben dem regionalen Bezug für die Gastwirte soll die LandZunge auch Abnahmesicherheit und einen gewissen Aufpreis für die Bauern bringen. So bekommt ein Vertragslandwirt der Kälber-EG immerhin 30 bis 40 Cent mehr fürs Kilo Schlachtgewicht – im Vergleich zum Marktpreis. Auf der Speisekarte eines LandZunge-Wirtes kostet ein Gericht vom Weiderind dann ein bis drei Euro mehr als anderswo. Auch die Weidehaltung rechnet sich betriebswirtschaftlich kaum, bringe aber eine „Super Fleischqualität“, so Ellgass. Die Gäste werden über den „kleinen Unterschied“ informiert und sie scheinen mitzuziehen.

Die Qualität der LandZunge ist auch Rudi Holzberger wichtig, dabei setzt er bewusst auf Regionalität. „Bio ist für die Gastwirte zu teuer“, gibt er zu bedenken und die Grünlandregion Allgäu sei sowieso nahe an Bio. Jetzt will er mit der LandZunge noch die Kochkunst voranbringen. „Weg von den Edelteilen“ lautet das Motto, mit dem auch andere Fleischpartien wie Beinscheiben kulinarisch wieder entdeckt werden sollen. Die Gäste werden's zu schätzen wissen.



In 60 „LandZunge“-Gasthöfen im Allgäu dreht sich alles um regionale Produkte. Absatzmöglichkeiten und eine erhöhte Wertschöpfung bietet das Projekt Gastwirten und Landwirten.

Foto: Leser

Jedes Jahr über 100 Kisten mehr

Die Erfolgsgeschichte des Dörverdener Gemüseabos

Die Idee entstand Anfang der neunziger Jahre: Ein junger Mann namens Heinz-Jürgen Michel, der gerade sein Studium abgeschlossen hatte, war auf der Suche nach einem sinnvollen Job. So gründete er einen Biogemüse-Lieferservice.

Anfangs funktionierte alles sehr rustikal: Gepackt wurde in einer Scheune, der alte Transporter hatte keine Kühlung, die Rechnungen wurden per Hand geschrieben und beliefert wurden nur einige Dutzend Haushalte in Verden und Achim (südlich von Bremen). Das Gemüse stammte (wie auch heute noch zum großen Teil) von Biohöfen aus der Umgegend.



Jeder Kundenwunsch wird berücksichtigt

1997 gründete sich eine GmbH, das Abo wurde professioneller: Ein Packraum wurde gebaut, das erste Kühlfahrzeug gekauft, das Sortiment erweitert und die Verwaltung auf Computer umgestellt.

So begann die Erfolgsgeschichte des „Gemüseabos“, das mittlerweile von Dörverden-Westen aus ca. 850 Abokisten pro Woche in den ländlichen Raum bei Verden, Achim, Walsrode und Rotenburg in Niedersachsen liefert.

Zuverlässiger Marktpartner für Biobetriebe aus der Region

Karen Dippe und Walter Franzmeier, beide Mitglieder der GmbH, betreiben das Gemüseabo seit 1998 als Familienbetrieb.

Inzwischen haben sie 13 Angestellte, alle in Teilzeit, davon aber nur eine 400-Euro-Kraft, alle anderen mit festen Verträgen zwischen 12 und 30 Wochenstunden.

Mit vier Kühlfahrzeugen werden an vier Tagen pro Woche insgesamt 15 Touren gefahren, mit durchschnittlich ca. 60 Kisten pro Tour. Der Name „Gemüseabo“ ist inzwischen pure Untertreibung. Zwar werden noch immer ca. 75 Prozent des Umsatzes mit Obst und Gemüse gemacht, aber der Anteil an Brot, Milch, Eiern, Wurst und Produkten aus dem Feinkost- und Trockensortiment steigt ständig.

Lieferanten sind vorrangig Biobetriebe aus der Region.

Drei davon beliefern das Gemüseabo das ganze Jahr, bei ihnen werden Anbaupläne abgesprochen und die Abnahmen garantiert. Mehr als zehn weitere

Betriebe gehören zum Lieferantenstamm, unter anderem für Brot, Honig, Wurst, Ziegenkäse und saisonale Spezialitäten wie Spargel, Bohnen, Erd- oder Heidelbeeren.

So ist das Gemüseabo über die Jahre für die Biobauern in der Region zu einem wichtigen und verlässlichen Vermarktungspartner geworden. In letzter Zeit ist allerdings ein neues Problem aufgetreten: Weil das Abo jährlich wächst und in den nächsten zwei Jahren voraussichtlich die 1000-Kisten-Marke überschreiten wird, reichen schon heute oft die Gemüsesätze eines einzelnen Betriebes nicht mehr aus, um z.B. 850 Köpfe Salat oder 2000 gelbe Paprika in der Woche zu liefern. Da ist es von großem Vorteil, wenn

sich zwei oder mehrere Betriebe absprechen und zusammenarbeiten, um die benötigten Mengen liefern zu können – wie es zum Beispiel zwei Gemüsebauern aus der Region tun, die zu den Hauptlieferanten des Gemüseabos zählen.

Reiner Vermarktungsbetrieb

Da das Gemüseabo nicht an einen bestimmten Erzeugerbetrieb gebunden ist, ist es in der Lage, das Angebot gerade in den produktionsarmen Winter- und Frühjahrsmonaten durch Großmarktzukäufe zu variieren und so den Kunden weiterhin eine abwechslungsreiche Kiste liefern. Entscheidend ist dabei laut Karen Dippe ein verlässlicher Großhändler, der beim Einkauf gern beratend zur Seite steht. Das Gemüseabo arbeitet inzwischen allerdings mit drei Großhändlern zusammen, denn „Konkurrenz belebt das Geschäft“, so Walter Franzmeier.

In der Ungebundenheit bei der Auswahl ihrer Lieferanten und Produkte sieht das Betreiberpaar einen entscheidenden Vorteil, der vor allem den Kunden zugute kommt.

Aber es gibt Grenzen: „Wir kaufen kein Gemüse und Obst aus Israel oder Ägypten, keine Äpfel aus Neuseeland oder Trauben aus Afrika, das lässt sich mit unserem ökologischen Verständnis nicht vereinbaren.“ sagt Karen Dippe. Bei Möhren oder Kartoffeln müssen die Kunden warten, bis es tatsächlich einheimische gibt. Walter Franzmeier betont, dass die Kunden für diese Argumentation stets offen sind, weil sie genau das erwarten: ein möglichst regionales Angebot.

Auch bei den Zukaufprodukten im Trockensortiment wird, soweit möglich, regionale Ware bevorzugt angeboten.

Erfolgsrezept

Wie erklärt sich der Erfolg des Gemüseabos, wo gerade in den letzten beiden Jahren viele andere Direktvermarkter über stagnierende oder sogar rückläufige Umsätze klagen?

Der ganz große Aufschwung kam mit der BSE-Krise und ist seitdem nicht mehr abgeflaut. Das liegt nach Karen Dippes Einschätzung daran, dass gerade im ländlichen Raum, abseits der Ballungsgebiete mit ihren Naturkost-Fachgeschäften und Biosupermärkten die Nachfrage nach gesunden, frischen Bio-Lebensmitteln immer noch größer ist als das Angebot. Die Fahrt zum nächsten Hofladen ist oft weit, die Öffnungszeiten sind unregelmäßig, das Angebot eingeschränkt. So kommt vielen Menschen eine Gemüsebox, die zuverlässig wöchentlich geliefert wird, sehr entgegen – zumal sie preislich das Bioladen-



Spezialisierte Computerprogramme erleichtern die Arbeit
Fotos: Leonhardt

oder Wochenmarktniveau nicht überschreitet.

Ein weiterer Vorteil: Weil die Bauern das Abo täglich beliefern, ist die Frische des Gemüses kaum zu überbieten. Es

Das Gemüseabo

ist ein Abokisten-Lieferservice, der als reiner Vermarktungsbetrieb eng mit Bio-Erzeugern aus der Region zusammenarbeitet. Im ländlichen Raum um Verden, Achim, Walsrode, Rotenburg in Niedersachsen liefert es momentan ca. 850 Kisten pro Woche an Privathaushalte.

Ein Blick ins Internet lohnt sich:
www.gemueseabo.com

verbringt nach der Ernte meist nur wenige Stunden in der Kühlzelle, bevor es ausgeliefert wird. Besonders kundenfreundlich ist auch die Individualität des Angebots. Es gibt zwölf verschiedene Standardkisten, diese aber lassen sich nach Belieben ändern oder erweitern. Vor gut einem Jahr wurde der Internet-Shop grundlegend verbessert, so dass sich nun der Kunde aus dem wöchentlich wechselnden Angebot auch eine komplett eigene Kiste zusammenstellen kann.

Der Shop wird ausgesprochen gut angenommen. Gerade an den Wochenenden, wenn das Telefon im Büro nicht besetzt ist, hat er sich als unersetzliches Kontaktmedium etabliert: Bis zu 50 Bestellungen per e-mail findet Karen Dippe jeden Montag morgen auf ihrem Computer.

Werbung

Wichtigste Werbung, so erklären Karen Dippe und Walter Franzmeier übereinstimmend, ist gute Mund-zu-Mund-Propaganda.

Außerdem wird das gesamte Liefergebiet alle zwei Jahre per Zeitungsbeilage durchgeworben. Im letzten Jahr wurden daraufhin knapp 300 Probierkisten bestellt, von denen gut ein Drittel als feste Kunden beim Abo blieben.

Von großer Bedeutung ist auch der persönliche Kundenkontakt; so gibt es jedes Jahr einen „Tag der offenen Tür“ beim Abo und auf verschiedenen Erzeugerbetrieben sowie Infostände bei diversen Märkten und Messen in der Region.

Einen Wehmutstropfen gibt es bei allem Unternehmerstolz: den Verzicht auf gemeinsame Familienurlaube mit den beiden Kindern – denn das Gemüseabo liefert (mit Ausnahme der Woche

zwischen Weihnachten und Silvester) das ganze Jahr durch. Aber wenn die Erfolgsgeschichte so weitergeht, wird auch das sicher bald möglich sein.

Naturkosthandel bald unter Banker- und Konzern-Kontrolle?

„Banker strebt die Kontrolle des Biomarktes“ in Deutschland an, so berichtete im Juli die *Welt am Sonntag*

Bio-Milchpreistrend

Die Bio-Milchpreis liegt im bundesweiten Durchschnitt seit März über den Vorjahresmonaten. Der Absatz entwickelt sich rasant, Bio-Milch wird knapper. Trotzdem unterlaufen einige Bio-Molkereien die Handelspreise und setzen so die Erzeugerpreise unter Druck. Aus diesem Grund haben die beiden norddeutschen Milchliefergemeinschaften „Wir Nordlichter AG“ und „Milchkooperative Wendland“ ihre Lieferverträge zum Jahresende gekündigt und wollen zukünftig gemeinsam mit den Lieferanten der Meierei Trittau (Hamelfelder Hof) ihre Bio-Milch vermarkten. Mehr Infos unter: www.biomilchpreise.de

Biolandbau EU-weit über 5 Mio. ha

Die ökologisch bewirtschafteten Flächen in der EU wurden im Jahr 2003 um 4,2 Prozent auf 5,09 Mio. ha ausgeweitet. Dies ist hauptsächlich auf einen sprunghaften Zuwachs in Griechenland zurückzuführen (von 77.120 ha in 2002 auf 244.457 ha in 2003), während sich in den meisten anderen EU-Ländern das Wachstum deutlich verlangsamte. Enorm an Bedeutung gewonnen haben in den vergangenen Jahren in der EU die Einfuhr von Bio-Lebensmitteln. So stieg die Zahl der Importeure von Ökoproducten in Deutschland von 1998 bis 2003 von 237 auf 487, also über das Doppelte. Die Zahl der Bio-Verarbeiter in Italien vervierfachte sich im gleichen Zeitraum auf 6.276.

Hintergrund: Der Schweizer Theo Häni hat seit zehn Jahren gezielt über 40 Millionen Euro in deutsche Biohandelsunternehmen gesteckt, um einen „vertikal integrierten Landwirtschaftskonzern“ zu schmieden. Bereits jetzt kontrolliert er Farmen in aller Welt mit einer Fläche von rund 50.000 Hektar, unter anderem Olivenplantagen in Spanien, Hühnerfarmen in Ungarn, Rinder-Haziendas in Argentinien sowie weitere Farmen in Rumänien und Frankreich.

Häni sieht Deutschland als das wichtigste Abnehmerland seiner weltweiten Produktkette an, deshalb hat er sich maßgeblich an folgenden Biohändlern beteiligt: an der Rapunzel AG als einem der wichtigsten Bio-Großhändler mit 21 Prozent, außerdem an den Einzelhändlern Basic AG, der Superbiomarkt AG und der Supernatural AG, immerhin drei der zehn größten Einzelhandelsketten für Biowaren in Deutschland (Rangfolge nach Umsatz: Alnatura GmbH/München, Basic AG/München, ebl-naturkost/Nürnberg, Superbiomarkt AG/Münster, Bio Company GmbH/Sulzfeld, Supernatural AG/Bonn, e.o.komma AG/Berlin, Grüner Markt/München, Naturata KG/Köln).

Im Online-Dienst „BIO-Markt“ betonen einige der Firmen-Inhaber, Häni habe bisher keinerlei unerwünschten Einfluss ge-

zügig am Stammkapital, besorgt notfalls auch Kredite und Wandelanleihen und verlangt dafür einen Sitz im Aufsichtsrat. So kann Häni hinter alle Kulissen der Branche schauen. Außerdem hat nur er genügend Mittel für die weitere Expansion der Ketten und kann notfalls Kredite verweigern. Bei einer Pleite aber würden vor allem die Vorstände viel Geld verlieren, da sie mehrere Millionen Euro Eigenkapital in ihre Firmen gesteckt haben.

So will der Banker bei der weiteren Entwicklung des Biomarktes eine führende Rolle spielen: Häni: „Wie zuvor im konventionellen Handel, so wird es früher oder später auch in der Bioszene zu Zusammenschlüssen kommen.“ Angeblich soll die Basic AG gegenüber der Firma Supernatural bereits ein Übernahmeangebot abgegeben haben. Deren bisheriger Vorstand Andrew Murphy musste zurücktreten.

Das Kapital Hänis kommt aus seinem weltweiten Firmengeflecht, mit der Luzerner Dachgesellschaft GHP Financial Services AG an deren Spitze. Die 600 Millionen Euro stammen von Investoren aus dem Mittleren Osten und aus Ölgeschäften, außerdem von einem reichen Exil-Iraker. Die Investitionen erfolgen laut *Welt am Sonntag* über kaum kontrollierbare mittelamerikanische Tochterfirmen und die ASI Nature Holding.

der Belieferung von Bioläden inne und expandiert nun auch mittels eigener Handelsmarken und Eigenfilialen (Jahresumsatz: knapp 200 Mio. Euro). In der Bio-Presse schwanken die Berichte über Dennree zwischen Erstaunen und Kritik an rigorosem Geschäftsgebaren (Auslistung von kleinen Läden, enge Bindung der Läden an Dennree).

Neben Dennree ist bundesweit nur noch die Hildener Großhandelsfirma Biogarten tätig. Daneben gibt es noch einige, wenn auch wesentlich kleinere, regionale Großhändler, z. B. Biokorb/Moldautal, Grell/Kaltenkirchen, Kormoran/Berlin, Kornkraft Hosüne/Huntlosen, Naturkost Elkershausen/Göttingen, Naturkost West/Duisburg, Nature's Finest/Bochum, Ökoring/Mammendorf, Phönix/Rosbach, Rinklin/Eichst., Terra/Berlin, Weiling/Coesfeld.

Der Naturkostfachhandel, in dem sich Häni so engagiert, macht immerhin 26 Prozent des deutschen Bio-Umsatzes aus. 37 Prozent verkauft mittlerweile der klassische Lebensmittel-Einzelhandel mit seinen Eigenmarken (Edeka mit „BioWertkost“, Rewe mit „Füllhorn“, Tengelmann mit „Naturkind“, Metro/real mit „Grünes Land“), dem Vernehmen nach aber zumeist ohne große Rendite. 16 Prozent der Biowaren vertreiben die Erzeuger selbst, 8 Prozent die Reformhäuser sowie 7 Prozent das

Back- und Fleischerhandwerk.

In der Bioszene wird über das Engagement Hänis bisher leider nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen, auch auf Anfrage der *Welt am Sonntag* gaben die betroffenen Bio-Firmen über Häni und seinen Einfluss kaum Auskunft. Im Online-Magazin „BIO-Markt.Info“ wird sogar begrüßt, dass solche Investoren das Geld aus Ölgeschäften über „sinnvolle Projekte wie Bio-Landwirtschaft hierher zurückfließen“ lassen.

Gerät der Naturkosthandel bald in die Hand solcher Großinvestoren? Welche Auswirkungen und Risiken sind damit verbunden? Auf diese Frage können und müssen Kunden, Lieferanten und

Freunde des Ökolandbaus offenere Antworten und vor allem eine kritische Auseinandersetzung erwarten!



Schon bald alles unter Theo Hänis Kontrolle?

Foto: FebL

nommen, Hänis Engagement wird teilweise sogar als „Förderung heimischer Ökoprojekte“ gewürdigt. Ganz anders die Wertung der *Welt am Sonntag*: Steckt eine Firma in der Krise, beteiligt sich Häni groß-

Einige Bioszene-Insider vermuten sogar, dass Häni mittlerweile beim bundesweit aktiven Bio-Großhändler Dennree GmbH eingestiegen sei. Dennree hat seit Jahren eine absolut vorherrschende Position bei

Neue Linda-Ernte soll in Sicherungshaft

Das Schutzrecht des Züchters ist abgelaufen, und dennoch soll es gelten?

Wie der Hochsicherheitstrakt in der Kartoffelscheune genau aussehen wird, das ist noch nicht klar, obwohl schon bald die Linda aus der Erde gerodet wird, die eigentlich als Pflanzgut fürs nächste Jahr dienen soll. Drei Bauern aus dem Freundeskreis zu Rettung der Kartoffelsorte Linda sind nun durch Entscheidung des Schiedsgerichtes für Saatgut- und Sortenschutzstreitigkeiten der Landwirtschaftskammer Hannover dazu verurteilt worden, die Ernte unter Aufsicht einzufahren und verplombt zu lagern, da sie mit ihrem Vermehrungsvorhaben im Unrecht sein sollen. Endgültig muss aber noch ein ordentliches Gericht, sprich das Oberlandesgericht Celle, im Eilverfahren über die Sicherungsverwahrung urteilen.

Verklagt wurden die Bauern vom Linda-Züchter Europlant auf Verletzung der gemeinsam geschlossenen Verträge. Diese Verträge verpflichten die Bauern als Vermehrer geschützter Sorten, das Erntegut vollständig dem Züchter zur Verfügung zu stellen, der es im Normalfall dann vertreibt. Die Bauern können so genannte Eigenentnahmen beantragen, um die von ihnen geernteten Knollen selbst wieder auszupflanzen. So weit der Normalfall.

Linda kein Normalfall

Linda ist aber kein Normalfall mehr, seit Ende letzten Jahres ihr Sortenschutz abge-

laufen ist und Europlant kurz vorher die Zulassung für die Sorte hat zurückziehen lassen. Erst im neuen Jahr, also als Linda schon frei war, beschlossen die Bauern, sie in Eigenregie zu erhalten. Sie beantragten Eigenentnahmen und meldeten diese zum Pflanzgut-Anerkennungsverfahren bei der Landwirtschaftskammer an. Das Schiedsgericht der Kammer entschied jedoch, dass die einmal mit Europlant geschlossenen Verträge immer noch Gültigkeit besitzen, die Bauern ihre Linda nicht als Pflanzgut in Umlauf bringen dürfen, und verfügte damit die Sicherungsverwahrung des Erntegutes.

Damit entschied es aber auch, dass das Auslaufen des Sortenschutzes nach 30 Jahren eigentlich Makulatur ist und die Züchter nach wie vor die Handhabe über ihre - bzw. dann eigentlich nicht mehr ihre - Sorten behalten. Ob das so vom Gesetzgeber gewollt ist, der eigentlich deutlich den Anspruch der Allgemeinheit an einer Sorte nach Ablauf der Schutzfrist betont, ist mehr als fraglich.

„Wir stehen erst ganz am Anfang der gerichtlichen Auseinandersetzungen, noch ist nichts entschieden“, gibt sich denn auch Matthias Miersch, Anwalt der Bauern, kämpferisch. Zunächst geht der Fall zum Oberschiedsgericht. Aber auch unter einem anderen Aspekt muss die Entscheidung des Schiedsgerichtes unter Umständen noch

einmal auf den Prüfstand. Der Obmann des Schiedsgerichtes ist ins kritische Visier der Bauern geraten. Schon seine schriftlichen Ausführungen ließen erahnen, auf wessen Seite er steht, und seine Vergangen-



Neuer Aufkleber

Rettet LINDA! – gibt es jetzt als Aufkleber (12 cm). Pro verkauften Aufkleber fließen 50 Cent auf das „Solidaritätskonto Linda“ (VoBa Lüneb., BLZ 24090041, Kto 125228302). Der Aufkleber kostet 2 Euro/Stück (ab 10 Stk. Rabatt), zu bestellen beim ABL-Verlag, Fax: 02381-492221 oder im Internet: www.bauernstimme.de

heit tut es ebenfalls. Er ist Anwalt in einer Kanzlei, die in einem Nachbaustreitfall bereits die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH und damit also auch Europlant vertreten hat. Für die Neutralität der Landwirtschaftskammer, zu der sie verpflichtet ist, spricht das nicht gerade. Deshalb wollen die verurteilten Bauern den Schiedsgerichtsobmann vom Oberlandesgericht als befangen erklären lassen.

Claudia Schievelbein

Nachbau: Keine pauschale Auskunft

Zwei Gerichte bestätigen Argumentation der IG Nachbau

Verhehlter Nachbau“ ist eine der Wortschöpfungen, die die landwirtschaftliche Sprachlandschaft den gerichtlichen Auseinandersetzungen rund um die Nachbaugebühren zu verdanken hat. Bezeichnet wird damit der Umstand, dass ein Bauer Nachbau betrieben, aber nicht auf die pauschalen Auskunftersuchen der Saatgut-Treuhandverwaltungs-GmbH (STV) reagiert hat. Die STV möchte gerne „verhehlten Nachbau“ als kriminellen Akt erklären und über die Einforderung von Schadensersatz durch Gerichte gerügt wissen.

Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren hingegen geht davon aus, dass die Bäuerinnen und Bauern bereits im Auskunftersuchen jene Anhaltspunkte zu ihrer jeweiligen Nachbauhandlung genannt bekommen müssen, bevor die STV Gebühren in Rechnung stellen darf. Ein „qualifiziertes Auskunftsverlangen“ nennen die Anwälte der Bauern das und haben damit ebenfalls ein neues Wort geschaffen.

Das Landgericht in Braunschweig und das Oberlandesgericht in Düsseldorf folgten nun der Argumentation der IG Nachbau und entschieden zwei solche Fälle im Sinne der beklagten Bauern. Die Düsseldorfer Richter berufen sich auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes und schreiben in ihrer Begründung:

„Die Klägerin hat für den Sortenschutzinhaber außergerichtlich nur pauschal Auskünfte verlangt, ohne darzutun, dass sie Anhaltspunkte dafür hat, dass der Beklagte bestimmte geschützte Sorten nachgebaut hat. Hierauf hat der Beklagte keine Auskünfte erteilt, wozu er auch nicht verpflichtet war. (...) Sie (die STV) hätte indes nach Erhalt dieser Anhaltspunkte zunächst gezielt Auskunft verlangen müssen, ob der Beklagte die fragliche Sorte in dem Wirtschaftsjahr 2001/2002 nachgebaut hat.“

Das Landgericht Braunschweig, das in der Vergangenheit einmal gegenteilig geurteilt hatte, geht nun sogar noch einen Schritt weiter und hält auch dann keine Schadensersatzforderung für gerechtfertigt, wenn

ein Bauer Anhaltspunkte vorgelegt bekommt, und auch daraufhin schweigt. Die STV hatte in ihren Schreiben formuliert, dass ein Schweigen eine Bestätigung ihrer Angaben darstelle. Wären die niedersächsischen Richter bei ihrer ursprünglichen Auffassung geblieben, so hätten sie der STV ein Festhalten am pauschalen Auskunftsverfahren durch die Hintertür ermöglicht. Die nun gefällten Urteile verhindern eine ungerechtfertigte Kriminalisierung von Bäuerinnen und Bauern.

cs



Berufsfreiheit

Auch bei den Aufbereiter-Prozessen bewegt sich weiter etwas. Das Oberlandesgericht München entschied, dass der Aufbereiter nicht für die Handlungen oder Nicht-handlungen des Landwirtes verantwortlich gemacht werden kann. Die STV (Saatgut-Treuhandverwaltungs-GmbH) wollte erzwingen, dass Aufbereiter von ihren landwirtschaftlichen Kunden über die nachbaurelevanten Details in Kenntnis gesetzt werden müssen, um überhaupt aufbereiten zu dürfen. Dies lehnte das OLG ab mit dem Hinweis, dass dies die gesetzlichen Grundlagen nicht hergäben, die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt wäre und auch das in der Verfassung festgeschriebene Recht auf Berufsfreiheit in Mitleidenschaft gezogen würde. cs

NÖM-Milch ohne Gentechnik

Die Niederösterreichische Molkerei (NÖM) AG stellt ihr gesamtes Frischmilchsortiment auf gentechnikfreie Produktion um. Die meisten Produktlinien sind bereits umgestellt. Das teilte die Molkerei Ende Juli mit. Die Rohmilch (280 Mio. kg) liefert die größte Milchgenossenschaft Österreichs, die MGN Milchgenossenschaft Niederösterreichs. Derzeit sind 1.773 MGN-Milchbetriebe zur Erzeugung gentechnikfreier Rohmilch zertifiziert. Die Mehrkosten für gentechnikfreie Futtermittel und sämtliche Prüfungskosten übernimmt die NÖM AG. Für die gentechnikfreie Milcherzeugung wird den Bauern ein Zuschlag von 0,5 Cent/Liter auf den NÖM-Milchpreis gezahlt. Der Verkaufspreis für die Milch soll „nicht wesentlich“ steigen, so die NÖM AG, die mehrheitlich der österreichischen Raiffeisen gehört. Zertifiziert wird die Produktionskette vom Futtermittel bis zur Milchverarbeitung durch die agroVet GmbH, dem in Österreich „führenden Unternehmen für Zertifizierung von biologischen und gentechnikfreien Lebensmitteln“ teilte die NÖM mit. *pm*

Landliebe & Müllermilch füttern Genmais

Nach Greenpeace-Recherchen beziehen die zwei großen deutschen Molkereien Müller und Landliebe/Campina Milch von fünf landwirtschaftlichen Betrieben, die derzeit auch den genmanipulierten Mais MON810 anbauen.

„Müllermilch und Landliebe/Campina fördern den Anbau genmanipulierter Pflanzen, wenn sie Milch von Gen-Milchbauern beziehen“, sagt Ulrike Brendel, Gentechnik-Expertin bei Greenpeace. „Die Unternehmen haben genug Möglichkeiten, bei der Milchherstellung Gen-Pflanzen zu vermeiden. Es ist völlig unverständlich, dass sie diese nicht nutzen und ihr Markenimage aufs Spiel setzen.“ Das Unternehmen Müller weigert sich, Verbrauchern eine Milchvieh-Fütterung ohne Gen-Pflanzen zu garantieren. Auch Landliebe/Campina will Gen-Pflanzen bei der Milchherstellung nicht ausschließen.

Andere Unternehmen sind weiter: In der Schweiz und in Schweden wird aufgrund des Drucks der Lebensmittelhersteller gar kein Gen-Futter verwendet. In Deutschland vertreibt die Upländer Bauernmolkerei Milch mit dem Siegel „ohne Gentechnik“. In Österreich hat die Großmolkerei NÖM AG ihre gesamten Frischmilch-Produkte auf „Gentechnikfrei“ umgestellt. *pm*

München und Augsburg gentechnikfrei

Die Städte München und Augsburg haben sich zu gentechnikfreien Zonen erklärt. Mit der Unterzeichnung einer Petition des „Netzwerks gentechnikfreies Europa“ an die Europäische Kommission vertritt die bayerische Landeshauptstadt München die Auffassung, dass es keine EU-weiten Zulassungen für den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen geben soll. Damit die lokale Wirtschaft, Kultur und Umwelt besser geschützt werden kann, fordert die Stadt wie Tausende von Gemeinden und Regionalregierungen in der Europäischen Gemeinschaft ein regionales Selbstbestimmungsrecht im Umgang mit der Gentechnik. In Augsburg lautet der Beschluss des Stadtrates auf „Vermeidung gentechnisch veränderter Pflanzen auf selbstgenutztem oder verpachtetem städtischem Grundeigentum“. Dies bezieht sich derzeit auf 815 ha landwirtschaftlich und 6.595 ha forstwirtschaftlich genutzte Fläche, denn Augsburg ist der drittgrößte kommunale Waldbesitzer Deutschlands. Wahrscheinlich kommen noch weitere 600 ha landwirtschaftliche Fläche dazu. *pm*

EU gibt Ratten-Mais grünes Licht

Mitten in der Sommerpause erteilte die EU-Kommission ausgerechnet dem höchst umstrittenen gentechnischen Mais Mon863 eine Zulassung. Greenpeace hatte wenige Wochen zuvor auf die Veröffentlichung der Ergebnisse der Rattenfütterungs-Versuche erfolgreich geklagt, bei denen veränderte Blutwerte und Leberschäden aufgetaucht waren. Die Zulassung bezieht sich auf den Import von Futtermitteln. Das gilt jedoch erst ab dem Zeitpunkt, ab dem der Mais Mon863 ebenfalls als Lebensmittel zugelassen ist. Darüber entscheiden die EU-Agrarminister jedoch erst im Herbst. Interessantes Detail ist, dass Monsanto die Zulassung über Deutschland beantragt hat und sich die deutschen Vertreter bislang bei den Abstimmungen enthalten haben. *ms*

Kurzes am Rande

Gentechnikfreies Soja für die Bretagne

Umdenken in Frankreich – Kooperation mit dem brasilianischen Staat Parana

Schon im Jahre 2000 begannen in der Bretagne die ersten Schweinemäster, gentechnisches Soja durch konventionelles in der Tierfütterung zu ersetzen. Vorreiter bei der Vermarktung war unter anderem die Supermarktkette „Carrefour“. Im Oktober letzten Jahres beschloss der Regionalrat, eine gentechnikfreie Region zu werden: Gentechnisches Soja soll in den nächsten Jahren durch gentechnikfreies ersetzt werden, Freisetzungsversuche sol-

Gentechnikfreies Soja aus Parana

In Kooperation mit brasilianischen Anbietern soll ein Liefersystem für gentechnikfreies Soja aufgebaut werden. Die Vizepräsidentin des Regionalrats, Pascale Loget, hatte bereits im August 2004 im brasilianischen Bundesstaat Parana einen Plan dafür unterzeichnet. Denn in Parana wird mehrheitlich gentechnikfreies Soja angebaut. 2003 wurden etwa 12 Millionen Tonnen gentechnikfreies Soja geerntet, das ent-

spricht 12 Prozent der brasilianischen Gesamtproduktion. Die brasilianischen Partner sind Fetraf (siehe Bauernstimme, 7-2005) und die nicht zu umgehende Großgenossenschaft Co-amo, die zweigleisig gentechnikfreies und gentechnisches Soja vermarktet. In der Folge besuchten sich brasilianische und französische Delegationen. Die Europäische Kommission soll bewegt werden, ein System zur Zertifizie-



„Vom Feld bis auf den Teller: keine GVO!“ am Hafen von Lorient

Foto: Greenpeace

len unterlassen werden, gentechnikfrei ausgerufene Kommunen sollen unterstützt und gentechnikfreie Produktlinien aufgebaut werden. Mit ihren Überseehäfen gilt die Bretagne als Tor für gentechnisches Soja, das über Frankreich hinaus in Europa gehandelt wird. Frankreich importierte im Jahr 2002 etwa 5 Millionen Tonnen Soja, wovon rund 40 Prozent nicht gentechnisch waren. Derzeit werden mehr als zwei Drittel des in der EU verbrauchten Eiweißfutters importiert, davon rund 80 Prozent Soja.

Intensivregion in der Sackgasse

Rund 655.000 Tonnen Sojabohnen und 1.380.000 Tonnen Sojaschrot werden in der Bretagne verfüttert. Die Region gehört zu den landwirtschaftlichen Intensivregionen der EU, 55 Prozent des in Frankreich konsumierten Schweinefleisches werden dort erzeugt, 20 Prozent der Milch und 60 Prozent des Geflügels. Im Geflügelbereich liefert DOUX Hähnchen in 50 Länder der Welt. Doch die Agroindustrie in der Bretagne befindet sich angesichts billiger produzierender Konkurrenz in der Sackgasse. Ein Ausweg wird in einer an den Verbraucherwünschen ausgerichteten, gentechnikfreien Produktion gesehen.

rung gentechnikfreien Sojas zu finanzieren. Derzeit müssen Bauern und Bäuerinnen für gentechnikfreiem Soja einen höheren Preis als für gentechnisches Soja zahlen. Bei mehr Wettbewerb lässt sich der strategisch hoch gehaltene Preis nicht halten.

Confédération Paysanne zieht Fäden

René Louail von der AbL-Partnerorganisation „Confédération Paysanne“ (CP) lobt die Schritte des Regionalrats: Durch engagierte Öffentlichkeitsarbeit sei das Bewusstsein für die Abhängigkeit von importiertem Eiweißfutter und gentechnischen Pflanzen im Tierfutter enorm gewachsen. Einige Städte fördern Gemeinschaftsverpflegung ohne Gentechnik, indem sie die zusätzlichen Kosten übernehmen.

Neben Verhandlungen setzt die CP auf Aktion: Am 28. Januar 2005 empfing sie im Hafen von Lorient den Frachter „Golden Lion“ mit 32.000 Tonnen gentechnischem Soja aus Argentinien mit einer Demonstration. Gefordert wurde: sich von der Abhängigkeit von importiertem Eiweißfutter zu lösen und endlich tierische Lebensmittel als gentechnisch verändert zu kennzeichnen, weil bisher für die VerbraucherInnen unsichtbar Millionen Tonnen gentechnischer Pflanzen ins Tierfutter gelangen.

Sigrid Herbst

Sojaboom ohne Nutzen für Bauern

Für klare ökologische und soziale Kriterien beim Sojaanbau setzen sich brasilianische Familienbetriebe der Fetraf ein

Das erste Schiff mit gentechnikfreien Sojabohnen von brasilianischen Familienbetrieben der Kleinbauerngewerkschaft Fetraf wird im Herbst einen französischen Hafen in der Bretagne anlaufen. Damit nehmen Bauern in Europa und Brasilien den Handel des Rohstoffs Soja selbst in die Hand und legen Preise und Bedingungen fest. Der Großteil des Sojahandels wird von einer Handvoll Saatgutanbieter und drei Handelshäusern bestimmt. Sojapreise schwanken stark und werden größtenteils an Börsen ausgehandelt. So wechselt ein Sojaschiff, während es den Atlantik überquert, bis zu fünf Mal den Besitzer. Daran verdienen die Händler, aber kein Bauer.

Soja boomt, wer profitiert?

Während in Europa nach dem Tiermehlverbot in der Fütterung die Nachfrage nach Soja boomt, hat die Ausweitung des Anbaus und die Einführung von gentechnischem Soja in Brasilien bei den Kleinbauern Bedenken hervorgerufen. War Soja noch vor wenigen Jahren eine von mehreren Ackerkulturen in Brasilien, dominiert sie nun in vielen Regionen den Anbau. Allein zwischen 2000 und 2005 ist die Sojaproduktion fast um 50 Prozent gestiegen. Damit hängen ganze Familien vom Sojapreis ab, dessen Höhe von Weltmarkt und nicht von den Erzeugungskosten bestimmt wird. Der Sojaanbau wird ebenfalls durch die Nachfrage von brasilianischen Schweine- und Geflügelhaltern vorangetrieben, ausländische und inländische Nachfrage bedrohen die Ernährungssicherheit der Brasilianer. In der Mitte von Brasilien wird der Sojaanbau auf Kosten der Regenwälder ausgedehnt, im Süden werden andere Pflanzen von den Äckern verdrängt. Die Fetraf kritisiert: Einseitige Fruchtfolgen, erhöhte Abhängigkeit von Weltmarktpreisen und wenigen Abnehmern, negative Umweltfolgen

durch die Vorherrschaft von Soja auf den Äckern. Um dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen zu müssen, ist die Fetraf aktiv geworden. Während ihrer Reise nach Europa und Deutschland (die Bauernstimme berichtete in ihrer vorherigen Ausgabe) haben sich die brasilianischen Bauern mit ihren europäischen Kollegen getroffen.

Wenige Händler

Der Vertrieb des Sojas wird in großen Einheiten, teils von internationalen Unternehmen wie Cargill und Bunge, organisiert, so dass die Bauern in die Abhängigkeit von wenigen Unternehmen geraten. Marktbeherrschend beim

Vertrieb von herkömmlichem Soja aus Brasilien ist das Unternehmen Coamo, das sowohl gentechnisches als auch konventionelles Soja handelt. Um seinen Handel mit gentechnischem Soja voranzutreiben, gehört Coamo auch zu den Widersachern des Gouverneurs von Parana, der in seinem Bundesstaat den Anbau von gentechnischem Soja verbietet. Momentan streitet der Gouverneur mit Bundesgerichten, ob er den Exporthafen in seinem Staat für gentechnisches Soja öffnen muss oder nicht. Bei gentechnischem Soja steigt die Abhängigkeit nochmals, da Monsanto sowohl Spritzmittel als auch Saatgut anbietet und die Lizenzgebühren über die regionalen Landhändler eintreibt (s. Kasten).

Handel von gentechnikfreiem Soja

Auf Initiative von französischen Abnehmern wurde schon 1999 damit begonnen, Anbau, Transport und Verarbeitung des konventionellen Sojas getrennt zu organi-



Deutsche und brasilianische Bauern tauschen sich über Anbau und Verfütterung von gentechnikfreiem Soja aus. Foto: Schimpf

sieren und zu dokumentieren. Inzwischen gibt es ein Qualitätssicherungssystem für so genannte Hard-IP-Ware bis zum Saatgut, mit mehreren Kontrollen bis zum europäischen Hafen.

Die Fetraf arbeitet mit 18 Kooperativen zusammen, die insgesamt 145.000 Tonnen konventionelles und 5.600 Tonnen ökologisches Soja produzieren. Für den Anbau gibt es ökologische und soziale Mindeststandards wie Mindestlöhne, Fruchtfolgevorgaben und Schutz der Regenwälder und Gewässer.

Fazit

Die Zukunft des herkömmlichen Sojaanbaus hängt vom Nutzen für die Bauern ab: Im Norden Brasiliens sehen Experten wenig Nutzen vom herbizidresistenten Soja, Hauptproblem für die Bauern dort ist der Soja-Rost und nicht Unkraut. Daneben wird die Höhe der Lizenzen für das patentgeschützte Saatgut für viele Bauern kaufentscheidend sein. Eine Schlüsselrolle kommt der Nachfrage aus Europa zu. Ein Blick auf die Nachbarländer macht fast schon neidisch. In Österreich stellt eine große Molkerei auf gentechnikfreie Fütterung um, die Schweiz verzichtet in der Fütterung fast zu 100 Prozent auf Gentechnik, die Bretagne will gentechnisches Soja-schrot ganz verbannen, in den Niederlanden und Belgien gibt es direkte Verhandlungen mit brasilianischen Kooperativen. Nur der deutsche Raiffeisenverband hat nichts besseres zu tun, als für Gentechnik zu werben. Doch selbst in der eigenen Werbeschrift muss er zugeben, dass das Angebot an herkömmlichem Soja aus Brasilien fast 80 Prozent des europäischen Verbrauchs abdecken kann.

Patente für gentechnisches Soja

Der Anbau von gentechnischem Soja ist in Brasilien erst seit wenigen Monaten legal, die Jahre davor hat die Regierung dem Anbau nachträglich Ausnahmegenehmigungen erteilt. Angebaut wird nahezu ausschließlich herbizidresistentes Soja von Monsanto. In den Jahren des illegalen Anbaus von gentechnischem Soja kam das Saatgut über die Grenze von Argentinien und wurde zum großen Teil nachgebaut. Wie in anderen südamerikanischen Ländern drängt Monsanto Bauern und Landhändler, Lizenzgebühren für das Saatgut zu zahlen. Über die Landhändler, die die Sojaernten erfassen, will Monsanto die Lizenzen eintreiben. Wie viel und ob für die Ernte oder das

Saatgut gezahlt wird, ist Teil einer erbitterten Auseinandersetzung zwischen Bauern und verschiedenen Organisationen. Letztes Jahr nahm Monsanto ein Prozent von der Ernte, für die neue Aussaat sollen es zwei Prozent werden, umgerechnet auf das Saatgut bedeutet das eine 50-prozentige Preissteigerung. Da die Landhändler einen Teil der Lizenzgebühren für sich behalten dürfen, beginnt nun auch in Brasilien ein Streit, ab wann für die Nutzung von Saatgut gezahlt werden muss. Mancher Bauer wusste gar nicht, dass sein Saatgut auch gentechnische Sojabohnen enthielt, und soll nun dafür Gebühren bezahlen.

ms

BASF verklagt Farmer wegen Nachbau

25 Farmer aus Arkansas, die aus ihrer Reisernte Saatgut nachbauten, müssen einem BASF-Tochterunternehmen 2,5 Mio. Dollar Strafe zahlen. Das Saatgut des Konzerns ist züchterisch so verändert, dass es gegen das hauseigene Herbizid tolerant ist, BASF hat es patentierter lassen.

ms

63 Wochenarbeitsstunden für ein Drittel des Einkommens

Geschlechtergerechtigkeit in der Landwirtschaft. Ein altes Feld mit neuen Methoden beackern

Sie leiten Milchviehbetriebe, gründen Hofgemeinschaften oder betreiben einen Gärtnerhof. Längst ist es nicht mehr schwierig, Frauen zu finden, die selbstständig einen landwirtschaftlichen Betrieb führen. Der Anteil der Studentinnen an den agrarwissenschaftlichen Fakultäten wächst.



Viel Arbeit – wenig Anerkennung!

Foto: Schimpf

Landwirtinnen haben heutzutage einen höheren (Aus)Bildungsabschluss als Frauen in Deutschland allgemein. All dies zeigt: auch die Landwirtschaft als ein eher traditionell geprägtes Berufsfeld ist dabei, sich zu wandeln. Es ist nicht mehr so, dass nur Männer „Chefs“ sind und es immer nur die Väter und Söhne sind, die auf ihrem 300 PS-Traktor über den Acker rattern. Oder?

Wertschätzung fehlt

Bis heute leisten Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben neben den landwirtschaftlichen und außerbetrieblichen Tätigkeiten nahezu ohne männliche Hilfe sämtliche reproduktiven familiären Arbeiten wie Haushaltsführung, Kindererziehung, Altenbetreuung und Gartenarbeit. Sie pflegen die Kontakte zur Verwandtschaft und im Dorf und übernehmen durch ein Ehrenamt soziale Aufgaben. Dieser gesamte Arbeitseinsatz hat eine erhebliche wirtschaftliche und soziale Bedeutung für die Familien und Betriebe sowie für den ländlichen Raum insgesamt. In krassem Gegensatz dazu steht, dass dieser Einsatz oft kaum wahrgenommen wird und wenig Anerkennung in Familie und Gesellschaft erhält.

Drittel Einkommen

Um den wirtschaftlichen Beitrag der Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben genauer zu ermitteln, hat die Agrarsoziale Gesellschaft 2001 in Niedersachsen eine repräsentative Untersuchung durchgeführt. Frauen in Haupterwerbsbetrieben arbeiten durchschnittlich 63 Stunden in der Woche. Mehr als die Hälfte davon entfallen auf unbezahlte Tätigkeitsbereiche. Die Arbeit im Haushalt erledigen Frauen überwiegend al-

lein. Sogar wenn sie außerbetrieblich erwerbstätig sind, gehen die Partner kaum zur Hand.

Diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hat Folgen für den gesellschaftlichen Status der unterschiedlichen Tätigkeiten: Männer arbeiten 90 Prozent ihrer Zeit in einkommensrelevanten Arbeitsbereichen, erledigen somit die „wichtige“, die „echte“ Arbeit. Laut der Studie wurden im Wirtschaftsjahr 1999/2000 von den durchschnittlich 75.263 DM Jahreseinkommen je Haupterwerbsbetrieb (inkl. außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit) rund 33 Prozent (23.400 DM) von Frauen erwirtschaftet. Da mehr als die Hälfte der Arbeit von Frauen nicht bezahlte Tätigkeiten darstellen, bleibt diese Arbeit in der Statistik unsichtbar, obwohl ohne sie der Betrieb nicht funktionieren würde. In unserer Gesellschaft werden Bereiche wie Haushalt und Familie generell gering bewertet. Die Studie hat deswegen versucht, auch diesen Beitrag von Frauen in Zahlen zu übersetzen, und hat einen Stundenlohn angesetzt. Danach ergibt diese Arbeit einen Wert von weiteren 36.000 DM im Jahr.

„Gender Mainstreaming“

Es ist bio-logisch, dass nur Frauen Kinder gebären. Dass sie aber den Hauptteil der Haus- und Familienarbeit verrichten, ist kulturell entstanden und somit veränderbar. Die englische Sprache unterscheidet das biologische Geschlecht (sex) vom sozialen Geschlecht (gender). Mit „gender“ sind die gesellschaftlich und kulturell geprägten Rollen von Frauen und Männern gemeint. Diese ins Bewusstsein zu rücken, ist Teil des so genannten „Gender Mainstreaming“. „Mainstream“ soll ausdrücken, dass geschlechterbewusstes Handeln überall üblich wird. „Gender Mainstreaming“ ist also eine Strategie zur Gleichstellung. Bei jedem Gesetz – auch wenn es scheinbar „neutral“ wirkt – soll geprüft werden, ob es auf Frauen oder Männer unfaire Auswirkungen haben kann. Damit sollen die unterschiedlichen Interessen und Lebensrealitäten von Frauen und Männern besser berücksichtigt werden. Rechtliche Grundlagen für die Strategie gibt es europaweit seit 1999.

Gerechte Gesetze?

Nicht nur manche Traditionen wie althergebrachte Rollenmuster oder die oft noch vorherrschende Selbstverständlichkeit, mit der im Zweifel der Sohn den Hof übernimmt, beinhalten Ungerechtigkeiten. Auch bestehende Gesetze sind nicht gender-neutral. Frauen sind rechtlich und versicherungstechnisch benachteiligt und in der Altersvorsorge schlechter gestellt. Dies hängt damit zusammen, dass in vielen Staaten

Europas und auch in Deutschland landwirtschaftliche Betriebe in der überwiegenden Zahl Männern gehören, während (fast immer) die Frau als mithelfendes Familienmitglied ausgewiesen ist. Deshalb hat der Großteil der in der Landwirtschaft tätigen Frauen nur abgeleitete Sozialversicherungsansprüche, die sie in eine direkte Abhängigkeit vom Hofeigentümer bringen. Der Rat der EU forderte bereits 2002, allen, die als Landwirte tätig und an der Leitung des Betriebs beteiligt sind, den Status eines echten Landwirts zu verleihen. Finnland macht es vor: Hier wurde der gesetzliche Status von Ehepaaren, die einen Hof bewirtschaften, in Bezug auf Steuern, Altersversorgung und soziale Absicherung geändert. Beide Partner werden eigenständig behandelt und haben in diesen Systemen gleiche und individuelle Rechte.

Eigene Verbandsarbeit

„Es wird schon auf Geschlechtergerechtigkeit Bezug genommen.“ Christel Hess vom Landfrauenverband Württemberg-Baden bejaht die Frage, ob denn bei den Frauen im Verband ein Bewusstsein für das Thema Gender vorhanden sei. „Zum Beispiel liegen wir in einem ständigen Kampf mit dem Bauernverband um die Sprache, dass zu Veranstaltungen auch die Frauen sichtbar eingeladen werden.“ Auch bei bestimmten Themen beziehen die Landfrauen eine andere Position: Der Verband spricht sich eindeutig für die gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg aus – im Gegensatz zum stark männerdominierten Bauernverband. Der deutsche Landfrauenverband stellt überdies klare Forderungen an die Politik, dass die soziale, wirtschaftliche und rechtliche Situation von Frauen verbessert werden muss und dass auch auf dem Land Strukturen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden müssen. Ein wichtiges gesellschaftliches Ziel bleibt darüber hinaus eine gerechtere Aufteilung der unentgeltlichen Arbeit zwischen den Geschlechtern. Christel Hess fügt an: „Noch etwas anderes finden wir als Landfrauen besonders wichtig: das ‚Miteinander‘ im ländlichen Raum. Wir finden es wichtig, gemeinsam vorzugehen.“

Anja Becker

Anja Becker ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Das Netzwerk setzt sich dafür ein, bei (umwelt-)politischen Entscheidungen die Geschlechterperspektive zu berücksichtigen. Kontakt: genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit / LIFE e.V., Hohenstaufenstr. 8, 60327 Frankfurt/M., Tel.: 069-740757, Email: becker@genanet.de

Lesetipps zum Thema Gender und Landwirtschaft:

- Ein von „genanet“ erstelltes Positionspapier zu Landwirtschaft und Ernährung aus der Genderperspektive ist im Internet erhältlich: www.genanet.de.
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft: Frauen sind ein Gewinn! Beitrag der Frauen am landwirtschaftlichen Gesamteinkommen. Hannover 2001. Zu beziehen beim Ministerium oder als Download im Internet: http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C4346574_L20.pdf
- BMVEL: Gender-Mainstreaming. Ein neuer Ansatz in der Regionalentwicklung. 2004. Kostenlos zu beziehen unter Tel. 0180-522-1996. Im Internet: www.verbraucherministerium.de/broschueren/gender.pdf

Leserbrief

Energiepflanzen nicht immer nachhaltig

Leserbrief zum Beitrag „Pflanzenöl fährt weiter“ in Nr. 280

Sowohl die Energienutzung aus nachwachsenden Rohstoffen als auch die Möglichkeit der Fruchtfolge- und Einkommenserweiterung in der Landwirtschaft sind grundsätzlich zu begrüßen. Aber nicht jede Form der Nutzung von Energiepflanzen ist unter Boden- und Umweltschutzaspekten nachhaltig. Eine Erzeugung von Energiepflanzen mit energieintensivem Input von Düngemitteln und Pflanzenschutz kann nicht mit einer ökologischen Energienutzung gleichgesetzt werden. Die Frage des umweltgerechten Anbaus bleibt leider meist völlig undiskutiert. Hier spielt die Frage *welche* Pflanzen angebaut werden (und natürlich wie intensiv der Anbau ist) eine erhebliche Rolle. Das Querschnittsprojekt „Energiepflanzen“ des Zentrums für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung (ZALF) hat hierzu einen Forschungscluster gebildet.

Doch schon in einer Untersuchung des Wuppertal-Institutes (Wolters 1999), wurde eine Reihe von Kulturen nach einem eigens entwickelten und an öko-systemaren Zusammenhängen orientierten Kriterienraster analysiert, um die Möglichkeiten des Energiepflanzenanbaus im Rahmen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu klären. Dabei stellte sich heraus, dass insbesondere Öllein aufgrund seiner guten Einflüsse auf den Standort und die Fruchtfolge positiv zu be-

werten ist. Sonnenblumen weisen ebenfalls gute Einflüsse auf den Standort auf, haben allerdings auch hohe Ansprüche. Getreide wird als eingeschränkt empfehlenswert beurteilt, da aufgrund des hohen Fruchtfolgeanteils ohnehin schon massive Resistenzprobleme bei Gräserherbiziden bestehen und durch den intensivierten Anbau dem Ziel einer Erweiterung der Fruchtfolgen nicht entsprochen werden kann.

Raps und vor allem Mais bilden mit Abstand das Schlusslicht der untersuchten Früchte, da ihre Ansprüche hoch sind, die Auswirkungen auf den Standort mittel bis negativ und eine hohe Anfälligkeit hinzukommt, der chemisch-synthetisch begegnet werden müsste, was die Ökobilanz der Energieerzeugung deutlich senkt.

An dieser Stelle ist ein deutlicher Unterschied zur aktuellen Diskussion zu erkennen, in der Raps, Mais und Getreide einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Eine grundsätzlich richtige Hinwendung zu nachwachsenden Rohstoffen und Einkommensdiversifizierung der Bauern sollte sich nicht unter Inkaufnahme erhöhter landwirtschaftlicher Umweltbelastungen entwickeln.

*Dr. Andrea Beste, Büro für Bodenschutz und ökologische Agrarkultur, Mainz
www.gesunde-erde.net*

Leserbrief

Wo waren die Gentechnik-Gegner?

Leserbrief zur Gendreck-weg-Aktion Ende Juli in Brandenburg

Was passiert, wenn man eine zentrale bundesweite Protestaktion gegen Agro-Gentechnik veranstaltet und die Mehrheit der deutschen Gentechnik-Gegner bleibt daheim? Nur 300 sind gekommen auf die Wiese von Bioland-Bauer Ewald nach Ruhlsdorf, alle weit gereist und alle hatten gemeinsam: den Willen zum Tun. Zu welcher Tat jeder Einzelne bereit war, unterschied sich stark und wurde vorher besprochen: Manche wollten tanzend ein Büschel „Mais befreien“, andere mit Strategie die Polizeikette durchbrechen. Einige meinten, für die Symbolik genüge ein Pflänzchen, wieder andere wollten der Aktion passiv den Rücken stärken und vor dem 250 m Absperrbereich, der die Übertretung als Hausfriedensbruch strafbar machen würde, stehen bleiben. Seltsame Stimmung in dem Grüppchen auf der weiten Wiese, so mancher hoffte: „Sonntag werden noch mehr kommen“. Inzwischen sorgte die Podiumsdiskussion für Gefühle. Der Bauer P., der wie viele andere Bauern in Brandenburg (500 ha) und Deutschland (1000ha) auf einer 50 ha großen Maisfläche 10 ha Bt Mon 810 anbaut, wurde aus-

gebucht und -gepiffen, als er seine Beweggründe hervorbrachte:

Der Zünsler, der 30-100% Schaden in der Region anrichtet und die nur 20 Euro Mehrkosten für das Saatgut, die man mit dem naturverträglichen Nichtspritzen amortisierte.

Der Protestmarsch am Sonntag endete fern vom Maisfeld in Hohenstein im Polizeiwagenlabyrinth mit viel Presse friedlich, ohne Zerstörung.

Was können wir tun gegen Gentechnik? Überzeugen! Mit einer symbolischen Aktion fernab der deutschen Akzeptanz überzeugen wir nicht. Und doch haben wir die Trümpfe noch in der Hand, die Gründe, den Mais nicht zu bauen, überwiegen. Das Startsignal ist gegeben, aber abgefahren ist der Zug noch nicht. Aufwachen! Engagieren!

Marie Kalisch, Witzenhausen

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Kleinbauers Beef-Suche

Wir schreiben das Jahr 700 vor Christus. Hesiod, der griechische Dichter, hat das Land bereist und die Bauern beobachtet: „Niemals am Tage ruhen sie von quälender Mühe und Jammer, und immer die Nächte reiben sie auf mit drückender Sorge.“

Gut 600 Jahre später schreibt Vergil, der griechische Philosoph: „Den Bauern beugt nicht des Volkes Gewalt, nicht schreckt ihn des Herrschers Purpurmantel, nicht Roms Krieg, noch sinkende Staaten.“

Die Zeit vergeht, Königreiche zerfallen, es kommen und gehen Kaiser und Potentaten, doch den Mann, der den Acker pflügt, stört das nicht wirklich.

Doch dann, am Ende des zweiten Jahrtausends, kommt eine Zeit, die dem Bauern gar nicht gut bekommt: Die Industrie hat sich seiner Branche bemächtigt, sie mischt ihm gemahlene Kühe ins Kuhfutter, das Schwein muss getrockneten Fisch essen, und das Huhn legt auch noch ein Ei, wenn man ihm Altöl und Sägemehl zu fressen gibt.

„Sauerei“ rufen die Medien und die Verbraucher im Duett und empören sich mächtig. Darob rumpelt es im Ministerium ganz gewaltig, es wird gekreißt

und – Tatarää – eine Agrarwende ward geboren.

Agrarwende, aha! Gewendet hat sich seitdem vieles, allerdings nicht zum Guten: Der Preis für Bio-Getreide lag in der letztjährigen Ernte bei 10 (zehn!) Euro per 100 kg, der Bio-Milchpreis ist inzwischen genauso am Boden wie der konventionelle. Meine Gasölverbilligung ist perdu, der Tourist jettet jedoch nach wie vor mit steuerfreiem (!) Flugbenzin um den Globus. Die 20prozentige Beitragserhöhung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung verkauft man im Ministerium mit hochfeiner Dialektik als „Stärkung der innerlandwirtschaftlichen Solidarität“. Der Verbraucherschutz mag den Verbraucher schützen, mir hingegen bereitet er Beschwerden: Im Familienstammbuch unserer Rinderherde vermerken wir brav alle Geburten und Sterbefälle. Wir zählen, wiegen und messen inzwischen jede Menge Kokolores und malen mit den Ergebnissen diverse Kontrollpapiere voll. Den Purpurmantel fürchtet der Bauer auch heute nicht, statt dessen denkt er mit Grausen an Cross Compliance und an den nächsten Kontoauszug.

... aus dem Rheinland

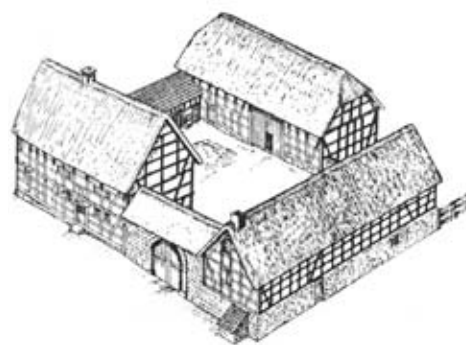
Wie bitte? Wie meinen? Es gibt doch jetzt Grünlandprämie? Und Milchprämie? Ja, guten Tach auch! Wenn derartige Zahlungen nur dadurch zustande kommen, dass bereits bestehende Prämien gekürzt werden, dann nenne ich das auch nur Geldwechslerei. (Gerne hätte ich jetzt – gemäß Hesiod – noch ein wenig gejamert, aber mehr fällt mir momentan nicht ein.)

Agrarwende – soso. Alles schön und gut. But tell me: WHERE IS THE BEEF?

Manchmal möchte man wieder ein kleiner Junge sein, denn dann dürfte man ganz laut rufen: „Der Kaiser* ist ja nackt! Er hat ja gar nichts an!“

Vielleicht sollten wir dem Kaiser etwas schenken. Etwas, womit er seine Blöße bedecken und gleichzeitig auch seine Defizite in landwirtschaftlichen Fragen beheben kann. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, dass dazu ein Bauernstimmen-Abo ganz hervorragend geeignet wäre.

* Es gibt auch nackte Kaiserinnen.



Ohne Menschen keine Wirtschaft

Oder: Wie gesellschaftlicher Reichtum entsteht

Drei Städterinnen, Forscherinnen, Soziologinnen noch dazu, lebten drei Jahre lang in Borgentreich in der Warburger Börde, um dort nach „Ansätzen regionalen Wirtschaftens in der ländlichen Gesellschaft“ zu suchen.

Im Dorf selbst zu wohnen, war Teil des Programms. „Um den dörflichen Alltag zu verstehen, mussten wir an ihm teilhaben“, sagen die Autorinnen.

Herausgekommen ist ein Buch, das zu lesen sich lohnt, das Mut macht und nachdenklich stimmt. Lebendig wird der Dorfalltag geschildert und einfühlsam die Freude und die Sorgen der Menschen im dörflichen Miteinander dargestellt. Dabei tritt oft Erstaunliches zu Tage. Auf den ersten Blick zum Beispiel scheint die Warburger Börde mit ihren fruchtbaren Böden ausschließlich von industrieller Landwirtschaft geprägt zu sein. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber, dass es immer noch viele kleine und mittlere Betriebe gibt, sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk, die weder wachsen noch weichen wollen und dennoch leben können. Es gibt unterschiedlichste Varianten regionaler Austauschbeziehungen, sei es

die übliche Nachbarschaftshilfe unter Bauern und Bäuerinnen oder der Schlachter vor Ort, der auch Schweine von Kleinbetrieben verarbeitet, der lokale Handwerker mit einheimischen Auftraggebern oder die landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaft Bördeland und Diemeltal.

Besonderes Augenmerk richten die Autorinnen auf die Rolle der Frauen in der ländlichen Gemeinschaft. Ihren Aufgaben und ihren Wirkungsbereichen ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

Auch die lokalen Vereine werden vorgestellt, allen voran der Schützenverein, und ihr Beitrag zur Bildung sozialer und wirtschaftlicher Netzwerke beleuchtet, der von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Alles in allem ein gelungener, lesenswerter Bericht über regionales Wirtschaften und das Leben auf dem Lande im einundzwanzigsten Jahrhundert – das trotz Globalisierung vielfältig und lebendig ist – und gut vernetzt. Unbedingt erwähnt werden müssen auch die wunderbaren Portraitfotos der verschiedenen Bördebewohner von Cornelia Suhan im Kapitel fünf. Allein für sie lohnt es sich, das Buch zu kaufen!

al

A. Baier, V. Bennholdt-Thomsen, B. Holzer: *Ohne Menschen keine Wirtschaft*. oekom verlag 2005, 221 Seiten, 19,00 Euro, zu beziehen über den ABL-Verlag



Milchgeld-Krimi

Ein Mord in Kommissar Kluffingers beschaulichem Allgäuer Heimatort Altusried – ein Lebensmittelchemiker der Molkerei ist stranguliert worden. Man ist nicht nur bei den eigenwilligen Ermittlungsmethoden und im Polizeialltag dabei, sondern erfährt während der spannenden Handlung auch so allerlei über das Seelen- und Eheleben eines liebenswert-kantigen Kommissars. en

Volker Klüpfel, Michael Kobr: *Milchgeld*. 310 Seiten, Piper-Verlag, 2005, 8,90 €

Leserbrief

Agrardiesel statt Umweltschutz

Leserbrief zum agrarpolitischen Profil der einstigen Bauernpartei CDU

Folgender Eindruck entstand bei mir während der Lektüre der CDU-Broschüren „7 Jahre Rotgrün“ und „Agrarprogramm“: Die Kritik an Rotgrün (in „7 Jahre Rotgrün“) beginnt mit starken Worten: „Unter Rotgrün sterben Bauernhöfe. Besonders betroffen sind bäuerliche Familienbetriebe bis 50 Hektar“. Laut CDU hat die landwirtschaftsfeindliche Politik von Schröder/Fischer/Künast durch strenge Umweltauflagen und Bürokratie zum Höfesterben geführt.

Als wichtige Gründe für das Höfesterben sind meiner Ansicht nach die Alterstruktur in der Landwirtschaft, technischer Fortschritt und das Prinzip der economies of scale zu nennen. Weitere Gründe für einen verstärkten Strukturwandel könnten die Reformen der EU-Agrarpolitik (MacSharry, Agenda 2000) sein, auch hier nur eine indirekte Beteiligung der deutschen Bundesregierung. Selbst bei der Umsetzung der jüngsten EU-Agrarreform hatte die Bundesregierung aufgrund des CDU-dominierten Bundesrates nur eingeschränkten Spielraum. Es zeigt sich, dass die wichtigsten Ursachen für das Höfestreben kaum durch rotgrüne Politik beeinflusst sind. Interessant ist, dass derselbe Argumentationsstrang zum Höfesterben im offiziellen „Agrarprogramm“ der CDU nicht auftaucht, im Gegenteil: „Zu einer ehrlichen

Politik gehört es auch zu sagen, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft auch von einer Unionsgeführten Bundesregierung nicht unterbrochen werden kann.“ Diese Aussage verwundert wenig, denn das Agrarprogramm der CDU wird von Agrarexperten gelesen, während sich die Broschüre „7 Jahre Rotgrün“ an den nicht mit den Details der Agrarpolitik vertrauten Otto-Normalverbraucher wendet. Auch hier wieder das alte agrarpolitische Leit(d)bild: Dem Bürger wird eine Bilderbuch-Landwirtschaft vorgegaukelt und für die Wettbewerbsbetriebe wird Klientelpolitik gemacht.

Die CDU setzt auf Wettbewerbsfähigkeit. Aber gerade die blinde Ausrichtung auf den Weltmarkt ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft (Multifunktionalität) führt zum Höfesterben und orientiert sich nicht an Umwelt- und Verbraucherinteressen.

Zu diesem skizzierten Leitbild passt auch, dass die CDU die höheren Zahlungen an Ökobetriebe kritisiert. Wie sie dabei ausgerechnet auf 13.500 Euro/ Jahr kommt, wird nicht erklärt, und auch der Anteil der Ökobetriebe wird mit 2,5 Prozent falsch beziffert.

Die Tatsache, dass die CDU über die höhere volkswirtschaftliche Leistung der Öko-

betriebe kein Wort verliert, zeigt, welche Bedeutung man sowohl Umweltschutz als auch dem Ökologischen Landbau bei der CDU zumisst. Hier hilft es auch nicht, dass Gerda Hasselfeld unlängst nach einem Treffen mit dem Bioland-Vorsitzenden Dosch betonte, der Ökolandbau sei „eine wichtige Säule der Landwirtschaft“ (vgl. Bioland 08/2005: S. 7). Solche Sätze dürfen getrost in die Rubrik der agrarpolitischen Gebrauchsprosa eingeordnet werden.

Insgesamt zeigt sich, dass die CDU das alte agrarpolitische Leitbild verfolgt, das intensivwirtschaftende Betriebe (gern auch mit Gentechnik) begünstigt und umweltfreundliche und transparente Produktionsformen wie den Ökolandbau oder die Neuland-Tierhaltung benachteiligt. Umweltschutz darf eine Regierung nichts kosten, der Agrardiesel schon. Aus Sicht der bäuerlichen und umwelt- und verbraucherfreundlichen Landwirtschaft ist die CDU somit nicht wählbar.

Sebastian Lakner, Ingenieurbüro für Naturschutz und Agrarökonomie, Göttingen

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.



Handbuch für Vermarktung

Für Vermarktungs-Initiativen mit dem Schwerpunkt Bio-Lebensmittel

Ob landwirtschaftliche Betriebe wirtschaftlich erfolgreich sind, das entscheidet sich für die meisten nicht mehr allein in Anbau oder Tierhaltung, sondern zunehmend in der Vermarktung. Davon gehen die Autoren eines neuen Marketing-Handbuches aus, das sich an Gemeinschaftsinitiativen der Vermarktung ökologischer Lebensmittel richtet. Zur Ideenfindung werden verschiedene Methoden vorgeschlagen, die demokratisch ausgerichtet sind (auch wenn in der Praxis die meisten Ideen anders entstehen). Dann geht es um die Suche nach passenden Kooperationspartnern und -formen. Das Unternehmen kann nicht starten, ohne das Umfeld zu kennen. Empfohlen wird eine Marktanalyse, die über freie Kundenwünsche, Konkurrenten und Marktpartner Aufschluss gibt. Damit sind Grundlagen geliefert, um die eigenen Stärken und Schwächen und die daraus folgenden Chancen und Risiken zu beschreiben und daraus die eigenen Schwerpunkte festzulegen. Mögliche Fördergeldgeber kommen nun ins Spiel. Nicht nur für sie, sondern auch für die eigene Klarheit wird nun ein ausführlicher Marketingplan empfohlen, bevor die Startphase beginnt. Die verschiedenen Instrumente des Marketings werden vorgestellt: Zielfestlegung, Di-



stributionspolitik, Kommunikation, Produktpolitik, Preispolitik. Was zu kurz kommt ist die Bedeutung einer regionalen, gesellschaftlich ausgerichteten Vernetzung. Die Autoren meinen, dass es schwer ist, Bio-Produkte mit gesellschaftlichen Zusatznutzen vom allgemeinen Bioangebot abzuheben, weil Bio schon als besonderer Standard gilt.

Die Autoren, im wissenschaftlichen Fach zu Hause, haben Umfragen bestehender Initiativen ausgewertet und versucht, Allgemeingültiges abzuleiten. Das macht die Lektüre über Strecken nicht gerade leicht, trotz der vielen Absätze über Praxisbeispiele, die das Abstrakte begreifbar machen sollen.

Das Buch wirft viele wichtige Fragen auf. Das macht es wertvoll. Es will und kann die Gespräche mit Kollegen in anderen Projekten nicht ersetzen. Aber dafür einen Kompass zu haben, ist sehr hilfreich. *uj*

O. Schmid, U. Hamm, T. Richter, A. Dahlke: *Marketing-Handbuch für landwirtschaftliche Vermarktungsinitiativen*. FiBL Schweiz, 2005, 240 S., 30,00 €. Zu bestellen beim Forschungsinstitut für bio. Landbau, Ackerstr., CH-5070 Frick, Tel.: 0041-628657-272, Fax: -273, info.suisse@fibl.org

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe 2005 2004 2003 2002 2001 2000 1999
19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 € 5,00 €

... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €
weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Neuaufgabe: Gen-Mais-Broschüre

Die im Frühjahr veröffentlichte Broschüre „Gen-Mais in Deutschland“ ist neu aufgelegt worden; aktuelle Informationen, wo der Gen-Mais tatsächlich wächst, Rechtshinweise, Hintergründe zu Monsanto, all das gibt es lesefreundlich aufbereitet und kostenlos auch in größerer Stückzahl. Die Broschüre liegt dieser Bauernstimme bei.

Bestellungen bitte per Fax an: 02381-492221 oder Mail an gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de

Kooperationen gründen und erfolgreich führen

So lautet der vielversprechende Titel eines im KTBL-Verlag neu erschienenen Buches. Den Autoren geht es darum, die überbetriebliche Zusammenarbeit als eine Möglichkeit vorzustellen, mit dem Strukturwandel in der Landwirtschaft umzugehen.

„Kooperation“ meint in diesem Fall die komplette Bandbreite von Maschinenring über Vermarktungs- bis hin zur Hofgemeinschaft. Der Ratgeber will vor allem Tipps zu den zwischenmenschlichen Aspekten von Kooperationen geben: Welcher Partner passt zu mir, welche Absprachen, Regeln und Verträge sind sinnvoll, um mögliche Konflikte von Anfang an zu vermeiden, welche Form der Kooperation ist für mich und meinen Betrieb sinnvoll?

In Kapitel 3: „Wichtige Schritte auf dem Weg zur Kooperation“ finden sich unter anderem sechs „Arbeitsblätter“, wo jede/r testen kann, ob und wie Kooperation für den eigenen Betrieb in Frage kommt. Eine (nicht ganz neue, aber doch wahre) Erkenntnis aus Kapitel 6: „Zusammenarbeit braucht Offenheit, Entscheidungsfreude, Konfliktfähigkeit und Lust auf Veränderung.“

Kooperationen gründen und erfolgreich führen, KTBL 2005, 180 Seiten, 20 Euro plus Versandkosten, zu beziehen über: *KTBL-Schriften-Vertrieb im Landwirtschaftsverlag GmbH, 48084 Münster, T: 02501/801300 Fax: 02501/801204, mail: service@lv-h.de*

Der Hofladen – Planung, Marketing, Werbung

Das Buch wendet sich an Direktvermarkter und solche, die sich mit dem Gedanken tragen, einen Hofladen zu gründen. Der Autor ist sowohl in der landwirtschaftlichen Direktvermarktung als auch im professionellen Wirtschafts-Marketing zu Hause und fügt sein Wissen aus diesen beiden Bereichen in diesem Buch sehr anschaulich und interessant zusammen.

Der Leser erhält umfassende Informationen zu Planung und Aufbau von Hofläden; von Geschäftsplan und Standortanalyse über Einteilung des Verkaufsraumes und Platzierung der Waren bis hin zu Werbung und Marketing. Es wird erklärt, was Kunden wünschen, wie man diesen Wünschen am besten entgegenkommt und was einen guten Verkäufer ausmacht.

Ferner gibt es Tipps zur Preisgestaltung und zur Organisation von werbewirksamen Veranstaltungen. Im letzten Kapitel geht der Autor detailliert auf alle rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Hofläden und deren Gründung ein.

Matthias Gebhard-Rheinwald: Der Hofladen, Ulmer Verlag 2005, 128 Seiten, 24,90 Euro

Zu beziehen über den ABL-Verlag

Direkt vermarkten – Ideen für Klassiker und Spezialitäten

Der Titel des Buches lässt nicht erkennen, dass es sich in erster Linie um einen umfassenden Ratgeber für die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte handelt – aber so ist es: Es wird mit Anleitung und vielen Rezeptideen beschrieben, wie man Fleisch, Gemüse, Obst, Getreide, Milch, Honig und Wachs zu attraktiven Produkten für die Direktvermarktung (oder für den Eigenverbrauch!) weiterverarbeiten kann. Im letzten Kapitel findet sich eine kleine Einführung in landwirtschaftliches Marketing.

Franz Aichinger u.a.: Direkt vermarkten, Ulmer Verlag 2004, 221 Seiten, 19,90 Euro, zu beziehen über den ABL-Verlag





Tag der Regionen 2005

„kurze Wege – langer Genuss“

Das Motto des diesjährigen „Tag der Regionen“ stellt eine direkte Verbindung zwischen Regionalität und Qualität, zwischen naturnahen Produkten und Genuss her. Gastronomie und Landwirtschaft sind daher besonders aufgerufen, Kooperationen zu bilden, um den VerbraucherInnen regionale und saisonale Produkte als Genuss näher zu bringen.

Der Kerntag ist wie immer das Erntedankfest, in diesem Jahr am **2. Oktober**. Die Veranstaltungs-„bühne“ ist vom **24. September bis zum 9. Oktober** geöffnet.

Aktionen können auf der Homepage des Aktionsbündnisses Tag der Regionen angemeldet werden: www.tag-der-regionen.de

Dort kann sich auch jeder Interessierte informieren, was in seiner Region los ist.

Weitere Informationen gibt es auch bei:

Brigitte Hilcher, Koordinationsbüro Nord: 05643-948537

Gisela Endt, Koordinationsbüro Süd: 09852-1381



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Vorpommern: Franz Hinnemann, Tel./Fax: 038331/80024; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon/Fax

E-Mail



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/989361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400, Fax.: 038453/52131
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif, Tel.: 033204/35648, Fax.: 033204/35649; Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 05665/1403, Onno Poppinga, Tel.: 05673/3540

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Peterstraße 11, 54634 Bitburg, Tel./Fax: 06561/6049300
Vorsitzender: Ewald Frisch, Tel.: 06522/549, Fax: 06522/933636, E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: AbL-Bayern@web.de; www.abl-bayern.org
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 08847/804,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Hans Urbauer, Tel.: 08628/634, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

Sachsen / Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 - Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum

Unterschrift

Urlaub mit dem „Kerl vom Land“

Ja, auch ein Bauer kann in heutigen Zeiten Urlaub machen. Es ist alles eine Frage der Organisation, behaupte ich. Und auch dieses Jahr ist es mir gelungen, Heiner für eine Woche vor der Ernte von der Arbeit loszueisen. Jedes Jahr aufs Neue gibt er mir zu verstehen, dass ich als Pädagogin keine Ahnung habe, was ERNTE bedeutet: Mähdrescher fertig machen, Silos saubermachen, Strohboden herrichten, Vertretung besorgen usw. Eben Arbeit ohne Ende.

Er baut keine Wintergerste an, also können wir leicht im Juli fahren. Wenn er seine Vertretung im Betrieb organisiert hat und ich meine für den Hofladen, willigt er schließlich ein und ist 100 Prozent auf Urlaub eingestellt. Und dann sind wir beide ein Beispiel dafür, wie man trotz unterschiedlicher Interessenshorizonte harmonisieren kann.

Dieses Jahr schlug Heiner das Reiseziel vor: „Lass uns doch nach Hjarnø fahren. Da war ich mal vor 30 Jahren.“

Ich suchte im Internet Informationen über die Insel Hjarnø und erfuhr Folgendes: Auf der ungefähr 3 km² großen Insel, die durch eine kleine Fähre mit dem Festland verbunden ist, gibt es 135 Einwohner, einen Campingplatz und drei Bauernhöfe. Auf der homepage heißt es, auf Hjarnø kann man Natur pur genießen. Ist das Wetter nicht so gut, kann in der im Süden vorgelagerten „Lagune“ ein „Warmbadetage“ eingelegt werden, denn dort liegt die Wassertemperatur häufig 5° über der Ostsee.

Das hat mich schließlich überzeugt.

Unsere Urlaubslektüre: da wir nach Dänemark fuhren, packten wir skandinavische Autoren ein! Mankell-Krimi für Heiner und für mich von Katarina Mazetti „Der Kerl vom Land“.

Einige Tage später setzten wir mit der kleinen Fähre von Snaptun nach Hjarnø über. Die Fahrt dauert nur sieben Minuten.

Auf Hjarnø angekommen, richteten wir uns gemütlich in unserer Hütte auf dem Campingplatz ein. Dann erkundeten wir die Insel. „Sieh mal, hier haben sie den gesamten Raps in Schwad gelegt“, sagte Heiner und schaute prüfend zum bedeckten Himmel. Ich hingegen: „Guck mal, dort unten am Wasser sind die Schiffsgräber aus Stein. Dort soll angeblich König Hjarne aus der Wikingerzeit begraben sein.“ Heiner prüfte den Reifegrad der Wintergerste mit dem Daumen, ich prüfte den Wärmegrad des Badewassers in der „Lagune“. Nach vielen gemeinsamen Unternehmungen



wie Fahrradtouren auf dem Festland, Besichtigung der Uferschwalbenkolonien und der Schiffsgräber auf der Insel, gingen wir auch mal getrennte Wege. Richtung Strand kam ich an einem Zaun vorbei, an dem eine alte Frau stand und mich so freundlich grüßte, dass ich stehen blieb. Wir kamen ins Gespräch und ich war froh, dass ich mehrere Dänischkurse besucht hatte. Es war die ehemalige Meieristenfrau. Sie hieß Louise und war neunzig Jahre alt! Sie lud mich zu einem Gläschen Portwein ein, was sehr zum Fluss un-

serer Unterhaltung beitrug. Sie erzählte, dass sie und ihr Mann Evald die Meierei 1980 geschlossen haben. Es lohnte sich nicht mehr. Von den ehemals 28 Bauern waren nur noch drei übrig geblieben. Dann zeigte sie mir Fotos aus der Meierei. Evald stand vor den großen Regalen, in denen die Käselaibe reiften. Sie war zu sehen, wie sie ihrer Kundschaft mit einer Kelle einen Schuss Sahne auf den Ymer (dänische Dickmilch) goss. Louise sagte lächelnd: „Ja, wir hatten eine schöne Zeit in der Meierei. Und unser sahniger Ymer war bis Horsens bekannt.“ Dann gab es noch ein Gläschen Portwein.

Kurz danach schwebte ich zurück in unsere Hütte. Heiner erwartete mich bereits mit seinem Bericht. Er hatte vor einem Hof einen alten Ferguson entdeckt und war mit dem Besitzer ins Gespräch gekommen.

Ich fragte mich wie, denn Heiner kann auf dänisch nur „tak“ und „farvel“ sagen. Es musste irgendwie funktioniert haben, denn er hatte erfahren, dass der Ferguson – Baujahr 1951 – immer noch in Betrieb war. Wie die beiden sich dann über Kraftstoffverbrauch, Nachrüstung und Hydraulikanlage unterhalten haben, wird wohl ihr Geheimnis bleiben. Kresten, der Bauer, betrieb außerdem Kartoffelanbau - die bekannten „Hjarnø-kartoffler“. Heiner schwenkte stolz seine Tüte, die er geschenkt bekommen hatte. Wir verbrachten wunderschöne, erholsame Tage auf Hjarnø.

Am letzten Tag gingen wir Arm in Arm zusammen über unsere Insel. Heiner zeigte mir den alten Ferguson von Kresten. Ich zeigte ihm dafür Louises Haus und die abbruchreife Meierei.

Nächstes Jahr fahren wir wieder hin. Wir haben lange noch nicht alle Leute von Hjarnø kennengelernt...

Auch für andere Bauernstimmen-Leser sehr zu empfehlen, die „reif für die Insel“ sind!

Christa Iversen

unabhängige Bauernstimme: im Urlaub und im Alltag gut!

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221**